

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

- Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe • **Ehescheidungen** • Strukturentwicklung des Baugewerbes
- Konjunkturerhebung in Dienstleistungsbereichen • Behinderung und Einkommen • **Wohngeld** • Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte
- Regionale Mortalitätsunterschiede in Baden-Württemberg



2/2005

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11/75-20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: + 49 (0) 70 71/93-53 50
Telefax: + 49 (0) 70 71/93-53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/shop

Druck: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im März 2005

Einzelpreis: EUR 13,75 [D]

Jahresbezugspreis: EUR 121,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-05102-1 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11/75-24 05
- Telefax: + 49 (0) 6 11/75-33 30
- www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
l oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt		Seite
	Kurznachrichten	81
Textteil		
<i>Dr. Rainer Lenz, Dr. Daniel Vorgrimler, Martin Rosemann</i>	Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe	91
<i>Dieter Emmerling</i>	Ehescheidungen 2003	97
<i>Dr. Hartmut Höh</i>	Strukturentwicklung des Baugewerbes und Bedeutung kleinerer Unternehmen	109
<i>Sven C. Kaumanns</i>	Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen	118
<i>Heiko Pfaff</i>	Behinderung und Einkommen	128
<i>Thomas Haustein</i>	Wohngeld in Deutschland 2003	135
<i>Kristina Kott, Thomas Krebs</i>	Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte	143
<i>Gudrun Eckert</i>	Preise im Januar 2005	158
<i>Hans-Martin von Gaudecker</i>	Regionale Mortalitätsunterschiede in Baden-Württemberg	164
	Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	169
Tabellenteil		
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
News in brief		81
Texts		
<i>Dr. Rainer Lenz, Dr. Daniel Vorgrimler, Martin Rosemann</i>	A Scientific Use File of the cost structure survey in manufacturing	91
<i>Dieter Emmerling</i>	Divorces, 2003	97
<i>Dr. Hartmut Höh</i>	Structural trends in the construction industry and the importance of small-sized enterprises	109
<i>Sven C. Kaumanns</i>	Survey of short-term trends in individual service sectors	118
<i>Heiko Pfaff</i>	Disability and income	128
<i>Thomas Hausteин</i>	Housing allowance in Germany, 2003	135
<i>Kristina Kott, Thomas Krebs</i>	Receipts and expenditure of households	143
<i>Gudrun Eckert</i>	Prices in January 2005	158
<i>Hans-Martin von Gaudecker</i>	Regional mortality differences in Baden-Württemberg	164
List of the contributions published in the current year		169
Tables		
Summary		1*
Monthly statistical figures		2*

Table des matières		Page
Informations sommaires		81
Textes		
<i>Dr. Rainer Lenz, Dr. Daniel Vorgrimler, Martin Rosemann</i>	Un fichier à usage scientifique de l'enquête sur la structure des coûts dans les industries manufacturières	91
<i>Dieter Emmerling</i>	Divorces en 2003	97
<i>Dr. Hartmut Höh</i>	Evolution structurelle du bâtiment et l'importance des petites entreprises	109
<i>Sven C. Kaumanns</i>	Enquête de conjoncture dans certains secteurs des services	118
<i>Heiko Pfaff</i>	Handicap et revenus	128
<i>Thomas Hausteин</i>	Allocations de logement en Allemagne en 2003	135
<i>Kristina Kott, Thomas Krebs</i>	Recettes et dépenses des ménages	143
<i>Gudrun Eckert</i>	Prix en janvier 2005	158
<i>Hans-Martin von Gaudecker</i>	Différences de mortalité régionales dans le pays de Bade-Wurtemberg	164
Liste des contributions publiées dans l'année en cours		169
Tableaux		
Résumé		1*
Chiffres statistiques mensuels		2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East. Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus. Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Lange Reihen im Internet

Von Nutzern der amtlichen Statistik wurde der Wunsch geäußert, im Internet neben aktuellen, kurzfristigen Indikatoren auch lange Reihen mit wichtigen Eckzahlen zu verschiedenen Themengebieten in leicht erschließbarer Form bereitzustellen.

Dieser Anregung ist das Statistische Bundesamt gerne nachgekommen und bietet seit Ende Februar 2005 einen Grundbestand an Tabellen mit Daten für weiter zurückliegende Berichtsjahre an. Sofern keine fachlichen Hindernisse entgegenstanden – zum Beispiel ein nicht rückrechenbarer Bruch durch den Wechsel von Klassifikationen oder Erhebungseinheiten – reichen die Zeitreihen bis 1950 zurück. Die Berichtszeiträume vor 1990/1991 enthalten in der Regel Werte für das frühere Bundesgebiet, danach für Deutschland insgesamt. Nur ausgewählte Themenbereiche wie Löhne und Gehälter oder der Bevölkerungsstand werden für die drei Gebietsstände Deutschland, früheres Bundesgebiet sowie neue Länder und Berlin-Ost getrennt nachgewiesen.

Die neue Rubrik „Lange Reihen“ ist von der Homepage des Statistischen Bundesamtes www.destatis.de direkt erreichbar und derzeit nach sieben Themengebieten sortiert. Weitere Tabellen bzw. Themengebiete (z.B. Beschäftigte, Umsätze nach Wirtschaftsbereichen, Studierende nach Fächergruppen) sind in Vorbereitung. Für Fragen und Anregungen steht die E-Mail-Adresse indikatoren@destatis.de zur Verfügung.

Webseite zur europäischen Statistik jetzt auch in englischer Sprache

Seit kurzem steht die Webseite des EDS Europäischer Datenservice (www.eds-destatis.de) in vollem Umfang auch in englischer Sprache zur Verfügung. Der EDS Europäischer Datenservice des Statistischen Bundesamtes hilft allen Nutzern bei der Suche nach Daten aus amtlichen europäischen Statistiken und leistet Hilfestellung beim Umgang mit der neuen kostenfreien Online-Datenbank von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften. Die persönliche Beratung erfolgt sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch.

Die Webseite ermöglicht es allen Nutzern, auf die nach Themen oder Produkten gegliederten Daten und Publikationen Eurostats zuzugreifen. Nahezu alle Daten, die von Eurostat veröffentlicht werden, sind kostenfrei und ohne Registrierung abrufbar. Eurostat-Publikationen können in elektronischer Form heruntergeladen oder als Printversion bestellt werden. Informationen zu methodischen Fragen, zu geographischen Daten sowie zu den von Eurostat veröffentlichten Mikrodaten ergänzen das Angebot der EDS-Webseite.

Die Webseite des EDS Europäischer Datenservice liefert auch umfangreiche Informationen zu allen Serviceleistungen des europäischen Auskunftsdienstes. So können beispielsweise Nutzer, die kein Interesse an Eigenrecherchen haben, maßgeschneiderte Datentabellen oder Datenabonnements beim EDS-Serviceteam per Online-Formular bestellen. Darüber hinaus stehen für Journalisten Informationen zu den Pressemitteilungen und dem Pressedienst von Eurostat bereit.

Ihr Kontakt zum EDS Europäischer Datenservice des Statistischen Bundesamtes kann über Telefon 0 18 88/6 44-94 27, Telefax 0 18 88/6 44-94 30, E-Mail: eds@destatis.de oder Internet: www.eds-destatis.de erfolgen.

Weitere Auskünfte erteilt
Daniel O'Donnell, Telefon 0 18 88/6 44-94 27,
E-Mail: daniel.odonnell@destatis.de.

Aus Europa

Neue Erhebung LEBEN IN EUROPA

LEBEN IN EUROPA ist eine neue Statistik zur Messung der Entwicklung von Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, die in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sowie in Island und Norwegen in gleicher Weise durchgeführt wird.

LEBEN IN EUROPA interessiert sich etwa für den Lebensstandard und die Erwerbstätigkeit ebenso wie für die Wohnsituation und das Einkommen. Die neue Statistik versucht Antworten zu geben auf Fragen wie: Wie wohnen Menschen in Europa? In welchen beruflichen Situationen befinden sie sich? Wie viel Geld steht Haushalten zur Verfügung? Um verlässliche und aktuelle Daten für LEBEN IN EUROPA bereitzustellen, führen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in Deutschland ab dem Jahr 2005 jährlich eine Befragung durch.

Die Lebensbedingungen von privaten Haushalten sind vielfältig und unterliegen ständigen Veränderungen. Durch den Wandel in Gesellschaft und Arbeitswelt entstehen neue Lebens- und Arbeitsformen. Jede dieser Lebensformen bringt ihre eigenen, besonderen Lebensbedingungen mit sich. LEBEN IN EUROPA liefert die aktuellen statistischen Informationen, um die gesellschaftliche Entwicklung europaweit abbilden zu können. Darüber hinaus werden Daten zur Verfügung gestellt, um die Lösung bereits bestehender oder neu entstandener gesellschaftlicher Probleme möglich zu machen.

Die statistischen Ämter erheben dafür direkt bei den befragten Haushalten unterschiedliche Informationen. Im Rahmen der Erhebung LEBEN IN EUROPA werden beispielsweise Fragen zur Erwerbstätigkeit, zu Ausbildung und Gesundheit der Haushaltsmitglieder, zum Haushaltseinkommen und seiner Zusammensetzung, zur Wohnsituation sowie zu Ausgaben für das Wohnen gestellt.

Um darüber hinaus Veränderungen über den Zeitablauf untersuchen zu können, ist es notwendig, die Befragung in regelmäßigen Zeitabständen durchzuführen.

Die Teilnahme an LEBEN IN EUROPA ist freiwillig.

Wozu werden die im Rahmen von LEBEN IN EUROPA erhobenen Daten verwendet?

Die erhobenen Informationen werden zum Beispiel verwendet, um die Einkommenssituation in der Bundesrepublik

Deutschland darzustellen. Dabei wird nicht nur betrachtet, wie viel Geld die befragten Personen verdienen, sondern auch, wie viel den Haushalten insgesamt zur Verfügung steht nachdem Steuern und Sozialversicherung abgezogen und die Miete bezahlt wurde. Hierdurch kann beispielsweise auch herausgefunden werden, welche Wirkung etwa Kindergeld, Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe auf die finanzielle Situation von privaten Haushalten haben.

Eine besonders wichtige Frage ist, festzustellen, wie viele Haushalte von Armut bedroht sind. Diese Informationen sind Grundlage für Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, die von der Bundesregierung und den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der EU erarbeitet werden. Sie fließen ferner in den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ein.

Da die Befragung in allen Ländern der EU in gleicher Art und Weise durchgeführt wird, ermöglicht sie einen Vergleich der Ergebnisse zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Wer wird befragt?

Für LEBEN IN EUROPA werden in der Bundesrepublik Deutschland jedes Jahr gut 14 000 Privathaushalte für die Befragung nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Es wird darauf geachtet, dass die teilnehmenden Haushalte in ihrer Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung entsprechen. Diese Haushalte werden in vier aufeinander folgenden Jahren jeweils einmal jährlich befragt.

Die Auswahl findet unter den privaten Haushalten statt, die sich bereit erklärt haben, an HAUSHALTE HEUTE, einer freiwilligen Kooperation von befragungsbereiten Haushalten mit der amtlichen Statistik, teilzunehmen. Diese Haushalte haben vorher am Mikrozensus teilgenommen.

In der Anfangsphase der Erhebung werden in die Auswahl auch andere Haushalte einbezogen, die schon einmal mit der amtlichen Statistik zusammengearbeitet haben.

Da für LEBEN IN EUROPA nicht nur Informationen über den Haushalt, sondern auch über jede der darin lebenden Personen benötigt werden, wird zusätzlich jede im ausgewählten Haushalt lebende Person, die mindestens 16 Jahre alt ist, befragt.

Datenschutz

Alle Angaben werden streng vertraulich behandelt und völlig anonym, das heißt ohne Namen und Anschrift, ausschließlich für statistische und wissenschaftliche Zwecke verwendet.

Konkrete Angaben einzelner Haushalte oder Personen werden nicht veröffentlicht.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der statistischen Ämter sind auf die Einhaltung der Datenschutzgesetze und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Auf keinen Fall werden Ihre Angaben mit Angaben aus anderen Behörden, zum Beispiel dem Finanzamt, verglichen oder an diese gemeldet.

Geheimhaltung

Die Geheimhaltung der Daten ist im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) geregelt.

Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 16 des *Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke* (Bundesstatistikgesetz – BStatG vom 22. Januar 1987, zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002) grundsätzlich geheim gehalten.

Rechtsgrundlage

LEBEN IN EUROPA wird aufgrund einer europaweit gültigen Rechtsgrundlage erhoben: *der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003* des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Die europäische Rechtsgrundlage ist gültig in Verbindung mit nationalem Recht, dem BStatG. In diesen Rechtsgrundlagen wird der Rahmen der Befragung abgesteckt sowie Details festgelegt.

Ergebnisse

LEBEN IN EUROPA wird im Jahr 2005 erstmals durchgeführt. Daher liegen derzeit noch keine Ergebnisse vor. Die Veröffentlichung erster Ergebnisse ist für das erste Halbjahr 2006 vorgesehen.

Aus dem Inland

Wirtschaftsleistung im 4. Vierteljahr 2004

Das Bruttoinlandsprodukt, der Wert der in Deutschland erwirtschafteten Leistung, ist im vierten Quartal 2004 gegenüber dem Vorquartal saison- und kalenderbereinigt um real 0,2% zurückgegangen. Im dritten Quartal hatte die Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorquartal stagniert. Obwohl sich die konjunkturelle Belebung der ersten beiden Quartale damit in der zweiten Jahreshälfte nicht fortgesetzt hat, ergab sich für das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2004 eine Zunahme von real 1,6% gegenüber dem Jahr 2003; kalenderbereinigt allerdings nur ein Anstieg von 1,0%.

Bruttoinlandsprodukt real
saison- und kalenderbereinigte Werte nach Census X-12-ARIMA
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

2003				2004			
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
-0,4	-0,2	+0,3	+0,3	+0,5	+0,4	+0,0	-0,2

Die im Vergleich zum Vorquartal geringere Wirtschaftsleistung ist gekennzeichnet durch einen Rückgang der inländischen Verwendung (-0,8%), der durch die Zunahme des Exportüberschusses (Außenbeitrag) nur zum Teil kompensiert wurde;

die gestiegenen Exporte (+1,1%) führten bei gleichzeitig rückläufigen Importen (-0,2%) zu einem positiven Wachstumsbeitrag von 0,5 Prozentpunkten. Im dritten Quartal 2004 hatten dagegen kräftig gestiegene Importe bei gleichzeitig rückläufigen Exporten zu einem negativen Wachstumsbeitrag des Exportüberschusses von 1,6 Prozentpunkten geführt, der jedoch durch die Zunahme der inländischen Verwendung (+1,7%) ausgeglichen wurde.

Ausschlaggebend für den Rückgang der inländischen Verwendung im Berichtsquartal gegenüber dem dritten Quartal 2004 waren deutlich geringere Bruttoinvestitionen bei gleichzeitig stagnierenden Konsumausgaben. Während die privaten Konsumausgaben geringfügig stiegen (+0,2%), gingen die staatlichen Konsumausgaben um 0,7% zurück. Die Bruttoanlageinvestitionen nahmen leicht zu (+0,2%), da sowohl in Bauten (+0,5%) als auch in sonstige Anlagen (+0,7%, größtenteils bestehend aus Computersoftware und Urheberrechten) mehr investiert wurde als im Vorquartal. Lediglich die Investitionen in Ausrüstungen gingen etwas zurück (-0,4%). Der leichte Vorratsabbau im vierten Quartal 2004 trug – nach einem spürbaren Vorratsaufbau im Vorquartal – ebenfalls negativ zur Wirtschaftsentwicklung bei (Wachstumsbeitrag von -0,8 Prozentpunkten).

Im *Vorjahresvergleich* kam es im Berichtsquartal zu einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,5%, der damit etwas schwächer ausfiel als in den ersten beiden Quartalen des Jahres (+1,6 bzw. +1,9%), aber über dem Anstieg im dritten Quartal lag (+1,2%). Allerdings wäre die Wirtschaftsleistung im Berichtsquartal unter Ausschluss des Kalendereffekts – im vierten Quartal 2004 standen zweieinhalb Arbeitstage mehr zur Verfügung als im vierten Quartal 2003 – lediglich um 0,6% gestiegen.

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995
Ursprungswerte
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

2003				2004			
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
+0,4	-0,7	-0,3	+0,2	+1,6	+1,9	+1,2	+1,5

Die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2004 wurde von 38,9 Mill. Erwerbstätigen erbracht, das waren 261 000 Personen oder 0,7% mehr als ein Jahr zuvor. Die Erwerbslosigkeit (internationale Abgrenzung) stieg im vierten Quartal 2004 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 151 000 Personen oder 4,1% auf 3,8 Mill. Personen. Der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen insgesamt erhöhte sich damit von 8,7% im vierten Quartal 2003 auf 9,0% im Berichtsquartal.

Die Arbeitsproduktivität, gemessen als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen, nahm im vierten Quartal 2004 im Vorjahresvergleich um 0,8% zu. Je Erwerbstätigenstunde gerechnet war das ein Plus von 0,6%. Der etwas geringere Anstieg der Stundenproduktivität ergab sich einerseits aus vermehrter Teilzeitbeschäftigung (insbesondere Mini-Jobs); dieser arbeitszeitvermindernde Effekt wurde andererseits durch eine größere Anzahl der zur Verfügung stehenden Arbeitstage, eine weitere Reduzierung

des Krankenstandes sowie die Zunahme der Nebenerwerbstätigkeit mehr als ausgeglichen.

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts trugen im Berichtsquartal alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme des Baugewerbes positiv zur Wirtschaftsentwicklung im Vorjahresvergleich bei. Den größten Anstieg der Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen gab es im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe (+ 3,5%), gefolgt von Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (+ 2,9%), Handel, Gastgewerbe und Verkehr (+ 2,5%), Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (+ 1,8%) sowie öffentliche und private Dienstleister (+ 0,5%). Dagegen setzte sich im Baugewerbe (- 3,3%) der Abwärtstrend der vergangenen Quartale und Jahre – mit Ausnahme des ersten Vierteljahres 2004 – weiter fort.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts (in Preisen von 1995) sorgten im Vorjahresvergleich ein Anstieg sowohl des Exportüberschusses (positiver Beitrag zum Wirtschaftswachstum in Höhe von 0,8 Prozentpunkten) als auch der inländischen Verwendung (+ 0,7%) für die genannte Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 1,5%.

Der Exportüberschuss nahm zu, da die Exporte mit 8,7% etwas stärker zulegen als die Importe (+ 7,4%). Der Anstieg der inländischen Verwendung war gekennzeichnet durch etwas erhöhte Konsumausgaben insgesamt (+ 0,3%), leicht rückläufige Bruttoanlageinvestitionen (- 0,2%) und einen verringerten Vorratsabbau (positiver Wachstumsbeitrag von 0,5 Prozentpunkten). Während die privaten Konsumausgaben erstmals seit der ersten Jahreshälfte 2003 wieder anstiegen (+ 0,3%), stagnierten die Konsumausgaben des Staates auf dem Niveau des Vorjahresquartals (+ 0,0%). Die Investitionen in Bauten (- 3,5%) gingen wiederum stark zurück und führten trotz gestiegener Investitionen in Ausrüstungen (+ 3,4%) und in sonstige Anlagen (+ 1,9%, vor allem Computersoftware und Urheberrechte) insgesamt zu dem Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen.

In jeweiligen Preisen war im vierten Quartal 2004 das Bruttoinlandsprodukt um 1,8% und das Bruttonationaleinkommen um 2,3% höher als vor einem Jahr. Das Volkseinkommen stieg ebenfalls um 2,3%. Das Arbeitnehmerentgelt war im Berichtsquartal nahezu unverändert (+ 0,1%), während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich anstiegen (+ 9,2%). Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg um 2,1%. Die Sparquote der privaten Haushalte erhöhte sich von 9,4% im vierten Quartal 2003 auf 9,6% im Berichtsquartal.

Über die Erstberechnung des vierten Quartals 2004 hinaus wurden die im November veröffentlichten Ergebnisse für die ersten drei Quartale 2004 sowie das im Januar veröffentlichte vorläufige Jahresergebnis für 2004 überarbeitet und – soweit erforderlich – revidiert. Solche laufenden Revisionen erfolgen routinemäßig, um neu verfügbare statistische Informationen schnellstmöglich einbeziehen zu können. Die Neuberechnungen ergaben für die Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995 eine Absenkung der Wachstumsrate für das Jahr 2004 von 1,7 auf 1,6%. Hierfür verantwortlich waren insbesondere eine – unerwar-

tet – schwache Entwicklung des privaten Konsums sowie ein geringerer Außenbeitrag im vierten Quartal, die deutlich unter den im Rahmen der Jahresschätzung angenommenen Werten lagen. Auch die Ergebnisse für die ersten drei Quartale wurden geringfügig revidiert.

Diese und weitere Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können im Internet (<http://www.destatis.de>) abgerufen werden. Außerdem werden in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 3 „Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung“ tiefer gegliederte Ergebnisse veröffentlicht. Diese Veröffentlichung ist über den Vertriebspartner des Statistischen Bundesamtes (nähere Angaben siehe Impressum) sowie online im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop> erhältlich.

Weitere Auskünfte erteilt das
VGR-Infoteam, Telefon 06 11/75-26 26,
E-Mail: vgr-bip-auskunft@destatis.de.

Maastricht-Defizitquote im Jahr 2004

Das Finanzierungsdefizit des Staates betrug im Jahr 2004 nach vorläufigen Ergebnissen 80,3 Mrd. Euro. Dieser Betrag errechnet sich als Differenz der Einnahmen (953,6 Mrd. Euro) und der Ausgaben (1 033,9 Mrd. Euro) des Staates. Aufgeteilt auf die staatlichen Ebenen betrug das Defizit des Bundes 51,0 Mrd. Euro und das der Länder 28,3 Mrd. Euro. Die Gemeinden (- 0,3 Mrd. Euro) und die Sozialversicherung (- 0,7 Mrd. Euro) hatten dagegen nahezu ausgeglichene Salden.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen (2 177,0 Mrd. Euro) errechnet sich daraus für den Staat eine Defizitquote von 3,7% im Berichtsjahr. Die Quote lag damit über dem im Protokoll zum Maastricht-Vertrag genannten Referenzwert von 3% des Bruttoinlandsprodukts.

Bei den Ergebnissen handelt es sich um Daten in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995, die für das europäische Verfahren bei einem übermäßigen staatlichen Defizit (Maastricht-Vertrag) maßgeblich sind.

Aufgrund neuer Informationen, insbesondere zum Steuererwerb und zu den Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushaltes für das vierte Vierteljahr 2004, wurde am 13. Januar 2005 veröffentlichte Ergebnis (Defizitquote: 3,9%) überarbeitet. Gegenüber der Januarschätzung erhöhten sich die Einnahmen im Jahr 2004 um 1,5 Mrd. Euro, während 2,6 Mrd. Euro weniger verausgabt wurden. Das Finanzierungsdefizit des Staates im Jahr 2004 war dadurch um 4,2 Mrd. Euro geringer als zunächst angenommen.

Weitere Auskünfte erteilt
Dietrich Stache, Telefon 06 11/75-27 95,
E-Mail: dietrich.stache@destatis.de.

Neuerscheinungen

Gesellschaftlicher Nutzen der amtlichen Statistik

Unter dem Titel „Gesellschaftlicher Nutzen der amtlichen Statistik“ hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg eine neue Broschüre herausgegeben. Sie zeigt – wie es im Untertitel heißt – 100 Gründe für die amtliche Statistik auf und kann die meist einseitig mit Kosten- und Belastungsargumenten geführte Diskussion über die Rolle und Funktion der amtlichen Statistik um vielfältige Aspekte des Nutzens von Statistiken bereichern.

Anhand von Beispielen aus 22 statistischen Sachgebieten wird dargestellt, was wäre, wenn es diese statistischen Angaben nicht (mehr) gäbe ...

Zwar ist dem Legalisierungsgebot für die Bundesstatistik entsprechend der überwiegende Teil der von der amtlichen Statistik durchgeführten Statistiken durch Gesetz oder Rechtsverordnung angeordnet, in steigendem Maße auch durch Rechtsvorschriften der Europäischen Union. Unabhängig von dieser Legitimation unterstreicht diese Veröffentlichung einmal mehr, was das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil vom 15. Dezember 1983 (BVerfGE 65,1) wie folgt formuliert hat:

„Die Statistik hat erhebliche Bedeutung für eine staatliche Politik, die den Prinzipien und Richtlinien des Grundgesetzes verpflichtet ist. Wenn die ökonomische und soziale Entwicklung nicht als unabänderliches Schicksal hingenommen, sondern als permanente Aufgabe verstanden werden soll, bedarf es einer umfassenden, kontinuierlichen sowie laufend aktualisierten Information über die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge.“

Die Veröffentlichung „Gesellschaftlicher Nutzen der amtlichen Statistik“ umfasst 33 Seiten und steht im Internet-Angebot des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg unter www.statistik-bw.de/Veroeffentl/GruendeAmtlStatistik.asp zum kostenlosen Download bereit.

Preisstatistik besser verstehen

Die Verbraucherpreise sind im Jahr 2004 um 1,6% gestiegen. Der Preisauftrieb im vergangenen Jahr war zu einem großen Teil durch staatliche Maßnahmen verursacht, nämlich durch die Gesundheitsreform und durch Tabaksteuererhöhungen. Rechnet man die Wirkungen dieser Maßnahmen aus der Teuerungsrate für 2004 heraus, dann sind die Preise im vergangenen Jahr lediglich um 0,6% gestiegen.

Wie kommt es, dass die Statistiker niedrige Teuerungsraten messen, während viele Verbraucher bei ihren täglichen Einkäufen persönlich ganz andere Erfahrungen machen?

Die Preiserheber der Verbraucherpreisstatistik notieren Monat für Monat 350 000 Preise in Deutschlands Geschäft-

ten und Dienstleistungsbetrieben. Dafür werden häufig gekaufte Produkte in unterschiedlichen Geschäftstypen und einer Vielzahl von Städten und Gemeinden in Deutschland ausgewählt. Aus den Einzelpreisen wird die mittlere Preisentwicklung für einen Warenkorb berechnet, der insgesamt 750 Güter enthält. Die Güter des Warenkorbes werden mit den durchschnittlichen Verbrauchsausgaben der Haushalte gewichtet.

Die Konsumenten rechnen jedoch häufig anders. Nicht nur, dass die Ausgabenverteilung bei jedem Haushalt anders aussieht. Für den einzelnen Verbraucher kommt es auch darauf an, wie stark er bei seinem täglichen Einkauf von Preiserhöhungen betroffen ist. Die von ihm wahrgenommene Teuerung berechnet ein Haushalt wohl selten im Rahmen einer umfassenden Bilanz am Ende des Monats. Er spürt sie vor Ort beim Einkauf.

Die „wahrgenommene Teuerung“ dürfte dabei für viele Menschen höher liegen als die von der amtlichen Statistik berechnete Inflationsrate. Einer der Hauptgründe ist darin zu sehen, dass die amtliche Teuerungsrate ein Durchschnittswert aus einer Vielzahl unterschiedlicher Preisentwicklungen ist. Stärkere Preiserhöhungen an einer Stelle werden dabei durch moderate Preisentwicklungen an anderer Stelle ausgeglichen. Dieser Mittelwert entspricht nicht dem, was einzelne Konsumenten subjektiv wahrnehmen, er soll es auch gar nicht.

Die Teuerungsrate der amtlichen Statistik ist eine für das Wirtschaftsleben grundlegende Zahl. Sie bezieht sich eben nicht auf Einzelfälle, sondern ist ein objektiv nachvollziehbarer Durchschnittswert. Deshalb ist sie Indikator für die Geldwertentwicklung, an der sich zum Beispiel die Europäische Zentralbank orientiert, und wird Lohnverhandlungen zugrunde gelegt.

Das Ziel der soeben erschienenen neuen Veröffentlichung „Im Blickpunkt: Preise in Deutschland“ ist es, den Bürgern die amtliche Preisstatistik besser zu erklären. Sie zeigt in leicht verständlicher Weise, wie Preisstatistik in Deutschland funktioniert. Der 70-seitige Band „Im Blickpunkt: Preise in Deutschland“ (Hrsg. Statistisches Bundesamt, ISBN 3-8246-0732-8) ist zum Preis von 9,80 Euro im Buchhandel und über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) erhältlich. Der Band steht außerdem zum Preis von 7,35 Euro als Download zur Verfügung.

Neu im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes ist außerdem ein interaktiver Indexrechner. Unter <http://www.destatis.de/indexrechner> kann jeder testen, wie sich seine persönlichen Verbrauchsgewohnheiten für ausgewählte Güter auf die Teuerungsrate auswirken würden.

Ebenfalls im Internet (http://www.destatis.de/basis/d/preis/preis_aktuell.php) stehen die aktuellen Ergebnisse sowie die monatlich erscheinenden „Themenkästen“ (z. B. Preise für Medikamente, Entwicklung der Wohnungsmieten, Strompreise u. a.) als Hintergrundinformationen zur Preisstatistik zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erteilt
Heinz-Peter Hannappel, Telefon 06 11/75-39 89,
E-Mail: heinz-peter.hannappel@destatis.de.

Veröffentlichungsreihe „Länderprofile“ erfreut sich großer Nachfrage

Die Veröffentlichungsreihe „Länderprofile“ des Statistischen Bundesamtes, die im Januar 2003 mit einer Ausgabe über Frankreich gestartet wurde, umfasst inzwischen Berichte für 14 Länder und wird von einem zunehmend größer werdenden Kundenkreis nachgefragt.

Die Verbreitung der Länderprofile erfolgt nicht in gedruckter Form, sondern ausschließlich als Online-Ausgaben im PDF-Format. Der Zugriff auf die kostenlosen Downloads ist über die Internetseiten des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/internationales möglich. Für nicht deutschsprachige Nutzer stehen auch englische Versionen auf den entsprechenden englischen Web-Seiten bereit.

Zahlreiche Länderprofile wurden im Jahr 2004 neu aufgelegt oder aktualisiert, so über die Länder Spanien, Schweden, Italien, Frankreich, die Volksrepublik China, das Vereinigte Königreich, Polen und Japan. 2005 erschienen bereits Ausgaben über Dänemark und die Vereinigten Staaten. In Kürze werden noch die Staaten Slowakei und Slowenien folgen und in der zweiten Jahreshälfte 2005 stehen die Republik Korea sowie – auf vielfachen Kundenwunsch – eine Vergleichsausgabe über Deutschland auf dem Programm.

Alle Länderprofile zeichnen ein einheitlicher Aufbau und ähnliche Dateninhalte aus. Auf insgesamt sechs DIN A4-Seiten wird ein Überblick über alle wichtigen Themengebiete gegeben (u. a. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Gesundheitswesen, Bildung, Wirtschaft, Außenhandel, Verdienste, Verkehr und Umwelt), veranschaulicht durch zahlreiche Farbdigramme. Als Datenquellen finden überwiegend die amtlichen nationalen Statistiken des jeweiligen Landes Verwendung. Dadurch wird in der Regel die Aktualität und Detailliertheit der Daten erhöht, wenngleich nicht in allen Fällen eine vollständige Vergleichbarkeit der Angaben zwischen den Ländern gewährleistet ist.

Dass die Länderprofile bei den Nutzern großen Anklang finden, zeigen die Zugriffszahlen im Internet:

Im Jahr 2004 wurden die entsprechenden Online-Seiten insgesamt 126 477-mal aufgerufen, das entspricht durchschnittlich 347 Zugriffen pro Tag. Die englischen Länderprofil-Ausgaben wurden im vergangenen Jahr rund 25 000-mal abgefragt, entsprechend etwa 68 Zugriffen pro Tag.

Die gefragtesten Länder waren dabei die Volksrepublik China, Frankreich, Japan, Polen, die Russische Föderation sowie das Vereinigte Königreich.

Kompakt

9,2% höhere Erlöse bei Stromversorgern im Jahr 2003

Im Jahr 2003 sind, wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren, die Durchschnittserlöse der Stromversorger gestiegen. Der vorläufige Durchschnittserlös aus der Abgabe von Strom an Letztverbraucher lag im Jahr 2003 bei 8,78 Cent pro Kilowattstunde (kWh). Das waren 9,2% mehr als im Vorjahr, aber 6,7% weniger als 1991. Den niedrigsten Durchschnittserlös in diesem Beobachtungszeitraum erzielten die Elektrizitätsversorgungsunternehmen im Jahr 2000 mit 7,43 Cent/kWh.

Die Sondervertragskunden in Industrie und Gewerbe – sowie seit Beginn der Liberalisierung des Strommarktes im Jahr 1998 in geringem Umfang auch private Haushalte mit entsprechend hohem Stromverbrauch – zahlten 2003 im Schnitt mit 6,28 Cent/kWh 11% mehr als im Vorjahr, aber 19% weniger als 1991.

Bei den Tarifkunden erlösten die Versorger 2003 mit 13,61 Cent/kWh im Schnitt einen wesentlich höheren Betrag als bei den Sondervertragskunden. Dieser Durchschnittserlös lag damit um 8% höher als 2002 und um 15% höher als 1991.

Insgesamt gaben die Versorger im Jahr 2003 an Letztverbraucher 483,3 Mrd. kWh Strom ab, 0,3% mehr als im Vorjahr und 16% mehr als 1991. Die privaten Haushalte hatten mit 138,5 Mrd. kWh einen Anteil von 29% am Gesamtabsatz und stellten mit 84% die größte Gruppe unter den Tarifkunden. Hauptabnehmer von Strom waren jedoch die Sondervertragskunden mit 318,5 Mrd. kWh, das waren zwei Drittel der Gesamtabgabe an Letztverbraucher.

In den Erlösen sind neben Arbeits-, Leistungs- und Verrechnungsentgelten auch Netznutzungsentgelte, Stromsteuer sowie Ausgleichsabgaben nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz enthalten, jedoch nicht die Mehrwertsteuer und rückwirkende Stromsteuerrückerstattungen. Die Erlöse beschreiben entsprechend nur die Einnahmeseite der Stromversorger und dürfen nicht mit deren Gewinn gleichgesetzt werden.

Weitere Auskünfte erteilt
Wolfgang Bayer, Telefon 06 11/75-29 70,
E-Mail: wolfgang.bayer@destatis.de.

Apothekenumsatz im Jahr 2004 gesunken

Die Apotheken setzten im Jahr 2004 nominal 2,1% und real 1,0% weniger um als im Jahr 2003. Das ist erstmals seit zehn Jahren ein Umsatzrückgang. Dies legt den Eindruck nahe, dass die am 1. Januar 2004 in Kraft getretene Gesundheitsreform tatsächlich niedrigere Ausgaben für Medikamente bewirkt hat.

Allerdings wurden im Dezember 2003 bei den Apotheken höhere Umsätze getätigt als im Dezember früherer Jahre. Sie waren nominal und real um über 20% höher als im Dezember 2002. Dies dürfte daran gelegen haben, dass die Verbraucher im Vorgriff auf die zu erwartenden höheren Zuzahlungen für Medikamente auf Vorrat kauften. Im Januar 2004 lagen dann auch die Umsätze um real 13% niedriger als im Januar 2003, im Februar 2004 noch um 7% niedriger als im Februar 2003. In den restlichen Monaten ging der Umsatz nicht mehr so stark zurück, in einigen Monaten stieg er gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten sogar an.

Dass der Apothekenumsatz im Dezember 2004 gegenüber dem Rekordmonat Dezember 2003 um 2,3% zurückging, liegt am Basiseffekt. Im Vergleich zu den Umsätzen im Dezember früherer Jahre brachte der Dezember 2004 den Apotheken trotzdem einen ungewöhnlich hohen Umsatz. Dies könnte u.a. daran liegen, dass die Verbraucher aus finanziellen Überlegungen erneut Medikamente bevorratet haben.

Weitere Auskünfte erteilt
Michael Wollgramm, Telefon 06 11/75-24 23,
E-Mail: binnenhandel@destatis.de.

In Spielwarenfachgeschäften wurden im Jahr 2004 rechnerisch 121 Euro je Kind ausgegeben

Die Spielwarenfachgeschäfte erzielten im Jahr 2004 einen Umsatz von gut 1,4 Mrd. Euro. Bezogen auf die Anzahl der Kinder bis 14 Jahren in Deutschland wurden im Jahr 2004 rechnerisch 121 Euro je Kind in Spielwarenfachgeschäften ausgegeben. Dieser Wert lag in etwa auf dem Niveau der Vorjahre.

Die vom Facheinzelhandel verkauften Spielwaren decken schätzungsweise rund 40% aller verkauften Spielwaren ab. Weitere 40% werden über den Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, wie Waren- und Kaufhäuser, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte, abgesetzt. Die übrigen 20% verteilen sich auf Verkäufe in den anderen Branchen des Einzelhandels, zum Beispiel den Versandhandel.

Weitere Auskünfte erteilt
Wulf-Rainer Dietrich, Telefon 06 11/75-24 30,
E-Mail: binnenhandel@destatis.de.

Deutsche Exporte in die Vereinigten Staaten 2004 um 5,1% gestiegen

Die deutschen Ausfuhren in die Vereinigten Staaten sind im Jahr 2004 gegenüber dem Jahr 2003 um 5,1% auf 64,8 Mrd. Euro gestiegen. Damit haben die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten geringer zugenommen als die Gesamtausfuhren (+10,4%). Die wichtigsten deutschen Exportartikel in die Vereinigten Staaten waren Kraftwagen und Kraftwagenteile mit einem Wert von 20,2 Mrd. Euro, entsprechend einem Anteil von 31,1% an den gesamten Exporten in die Vereinigten Staaten. Weitere wichtige Handelsgüter waren Maschi-

nen im Wert von 10,9 Mrd. Euro (Anteil von 16,9%) und chemische Erzeugnisse im Wert von 9,2 Mrd. Euro (14,3%).

Die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten stiegen im Jahr 2004 um 2,6% auf 40,3 Mrd. Euro, während sich die deutschen Gesamtimporte 2004 gegenüber dem Vorjahr um 8,0% erhöhten. Wichtigste Importgüter aus den Vereinigten Staaten waren chemische Erzeugnisse mit einem Wert von 7,5 Mrd. Euro (Anteil an der Gesamteinfuhr aus den Vereinigten Staaten von 18,5%), gefolgt von sonstigen Fahrzeugen (u. a. Flugzeuge, Schiffe) im Wert von 7,1 Mrd. Euro (Anteil von 17,7%).

Die Vereinigten Staaten bleiben damit hinter Frankreich Deutschlands wichtigster Exporthandelspartner. Einfuhrseitig liegen die Vereinigten Staaten an dritter Stelle nach Frankreich und den Niederlanden.

Weitere Auskünfte erteilt
Dirk Mohr, Telefon 06 11/75-24 66,
E-Mail: dirk.mohr@destatis.de.

Mehr Schülerinnen und Schüler in privaten Schulen

Gegenüber 1995 ist die Schülerzahl in Privatschulen um nahezu ein Viertel (+24%) gestiegen, während sie an öffentlichen Schulen um gut 3% zurückging. Im Schuljahr 2003/2004 besuchten rund 605 800 Schülerinnen und Schüler eine private allgemein bildende Schule, das waren 6% aller Schüler an allgemein bildenden Schulen. In den neuen Ländern lag der Anteil der Privatschüler mit knapp 4% deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet (7%).

Den geringsten Anteil haben die Privatschulen mit rund 2% bei den Grundschulern, doch ist hier die Zuwachsrate gegenüber 1995 mit 61% am höchsten. Von den Gymnasiasten gehen 11% in eine Privatschule, von den Sonderschülern 15%. Zu den privaten Schulen zählen auch solche, die von Kirchen oder karitativen Einrichtungen betrieben werden.

Weitere Auskünfte erteilt
Marianne Renz, Telefon 06 11/75-41 41,
E-Mail: schulstatistik@destatis.de.

Durchschnittliche Verweildauer in Krankenhäusern erstmals unter neun Tagen

Nach vorläufigen Ergebnissen ist die Verweildauer der Krankenhauspatienten und -patientinnen um 3,3% von 9,2 Tagen im Jahr 2002 auf durchschnittlich 8,9 Tage im Jahr 2003 gesunken. Insgesamt gab es 17,3 Mill. Behandlungsfälle, rund 130 000 weniger als im Vorjahr. In den letzten Jahren war diese Zahl kontinuierlich gestiegen.

2003 standen in den 2 189 Krankenhäusern knapp 542 000 Betten bereit. Damit lag die Bettendichte bei durchschnittlich 66 Betten je 10 000 Einwohner. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Zahl der Krankenhäuser durch Schließungen

und Fusionen stärker zurück (-1,4%) als die Zahl der Betten (-1,0%). Die Krankenhäuser befanden sich zu 24,9% in privater Trägerschaft (+1,2 Prozentpunkte), zu 39,1% in freigemeinnütziger Trägerschaft (-0,4 Prozentpunkte) und zu 36,0% in öffentlicher Trägerschaft (-0,8 Prozentpunkte). Von den öffentlichen Einrichtungen war knapp ein Drittel privatrechtlich geführt, zum Beispiel als GmbH, und gut zwei Drittel öffentlich-rechtlich, zum Beispiel als Anstalten des öffentlichen Rechts.

Am 31. Dezember 2003 waren 1,0 Mill. Personen in den Krankenhäusern beschäftigt. Umgerechnet auf die volle tarifliche Arbeitszeit entsprach die Beschäftigtenzahl rund 841 000 Vollkräften (+0,9%). 114 000 Vollkräfte arbeiteten im ärztlichen Dienst (+1,2%), im nichtärztlichen Dienst waren 727 000 Vollkräfte (+0,9%) beschäftigt.

Die Gesamtkosten der Krankenhäuser beliefen sich 2003 auf 62,3 Mrd. Euro (+2,7%), mit 40,4 Mrd. Euro machten dabei die Personalkosten 64,8% der Gesamtkosten aus. Abzüglich der Kosten für nicht-pflegesatzfähige Leistungen lagen die Kosten bei 55,6 Mrd. Euro (+1,6%). Die bereinigten Kosten für einen stationären Behandlungsfall betragen damit rechnerisch 3 214 Euro (+2,4%).

Weitere Auskünfte erteilt
Sandra Schulte, Telefon 0 18 88/6 44-81 08,
E-Mail: gesundheitsstatistiken@destatis.de.

Nahezu jeder zweite Gestorbene erlag 2003 einer Herz-Kreislauf-Erkrankung

Im Jahr 2003 starben in Deutschland insgesamt 853 946 Personen (396 270 Männer und 457 676 Frauen); dies waren 12 260 Sterbefälle oder 1,5% mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist in erster Linie durch den größeren Anteil der älteren Bevölkerung zu erklären. Rechnet man diesen Effekt heraus, ist die Sterblichkeit gegenüber dem Jahr 2002 nur um 0,3% angestiegen.

Bei nahezu jedem zweiten Verstorbenen (162 210 Männer und 234 412 Frauen) wurde der Tod durch eine Erkrankung des Kreislaufsystems ausgelöst. Infolge von Kreislauferkrankungen starben insbesondere ältere Menschen, etwa 90% der Verstorbenen waren über 65 Jahre alt. Frauen starben entsprechend häufiger an einer Kreislauferkrankung, weil sie im Durchschnitt älter werden als Männer. Am Herzinfarkt, der zur Gruppe der Kreislauferkrankungen gehört, verstarben 69 362 Personen, davon 54,7% Männer (37 956 Verstorbenen) und 45,3% Frauen (31 406 Verstorbenen).

Einem Krebsleiden erlag im Jahr 2003 fast ein Viertel aller Gestorbenen (110 703 Männer und 98 552 Frauen). Bei den Männern hatten bösartige Neubildungen der Verdauungsorgane (35 645 Verstorbenen) und der Atmungsorgane (30 338 Verstorbenen) die größte Bedeutung. Bei den verstorbenen Frauen dominierten die bösartigen Neubildungen der Verdauungsorgane mit 33 385 Sterbefällen gegenüber der bösartigen Neubildung der Brustdrüse mit 17 173 Sterbefällen.

An nicht natürlichen Todesursachen (Verletzungen und Vergiftungen) starben 34 606 Personen (21 648 Männer und 12 958 Frauen). Von den 11 150 Personen, die im Jahr 2003 freiwillig aus dem Leben schieden, waren 73,4% Männer und 26,6% Frauen.

Detailliertere Ergebnisse der Todesursachenstatistik stehen unter www.gbe-bund.de zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erteilt
Silvia Schelo, Telefon 0 18 88/6 44-81 02,
E-Mail: gesundheitsstatistiken@destatis.de.

Jahre sinkender Kaffeepreise gehen offenbar zu Ende

Im Jahr 2004 endete eine lange Phase sinkender Importpreise für Kaffee. Die Einfuhrpreise für Rohkaffee lagen im Jahresdurchschnitt 2004 um 9% höher als im Vorjahr. In den Jahren 1998 bis 2003 waren die Einfuhrpreise für Kaffee jeweils deutlich gesunken.

Bei den Verbrauchern ist die Verteuerung allerdings noch nicht angekommen. Im Jahresdurchschnitt 2004 lagen die Verbraucherpreise für Bohnenkaffee um 5% niedriger als im Vorjahr.

Weitere Auskünfte erteilt
Alfons Kathe, Telefon 06 11/75-34 78,
E-Mail: alfons.kathe@destatis.de.

Kapitalproduktivität in Deutschland im Jahr 2004 um 0,1% gestiegen

Nach ersten vorläufigen Berechnungen ist die Kapitalproduktivität im Jahr 2004 real um 0,1% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Ursache hierfür ist, dass der Kapitalstock in Deutschland wegen der schwachen Investitionstätigkeit der letzten Jahre mit 1,5% nicht so stark wie das Bruttoinlandsprodukt (+1,6%) gewachsen ist. Die Kapitalproduktivität wird ermittelt, indem man das Bruttoinlandsprodukt zum Kapitalstock ins Verhältnis setzt, so wie die Arbeitsproduktivität das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen misst. In beiden Fällen wird allerdings das gesamte Produktionsergebnis auf nur einen Produktionsfaktor bezogen. Erst zum zweiten Mal seit 1991 ist die Kapitalproduktivität gestiegen; über diesen Zeitraum gesehen ist sie insgesamt um 13,0% gesunken. Nur im Jahr 2000 war sie ebenfalls gestiegen, als das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts mit 2,9% über dem des Kapitalstocks mit 2,4% lag.

Der Kapitalstock misst das jahresdurchschnittliche Bruttoanlagevermögen, das neben den Erwerbstätigen als Produktionsfaktor eine wesentliche Rolle spielt. Es umfasst alle produzierten Vermögensgüter, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Einbezogen sind Wohnbauten und Nichtwohnbauten; Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Ausrüstungen; immaterielle Anlagen, wie zum Beispiel Software sowie Nutztiere und Nutzpflanzungen. Anfang 2005 sind in Deutschland

Anlagegüter im (Neu-)Wert von 10,9 Billionen Euro für Produktionszwecke einsetzbar.

Die Kapitalintensität (Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen) ist 2004 gegenüber dem Vorjahr mit 1,1% erneut gestiegen. Die Kapitalintensität zeigt, wie sich die beiden Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit im Verhältnis zueinander entwickelt haben. Dazu wird der Kapitalstock in Relation zu den im Jahresdurchschnitt eingesetzten Erwerbstätigen gesetzt. Im Jahr 2004 waren je Erwerbstätigen im Durchschnitt der Volkswirtschaft Anlagegüter im Neuwert von rund 282000 Euro vorhanden.

Weitere methodische Erläuterungen zur Anlagevermögensrechnung finden sich im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/download/d/wista/anlagevermoegen.pdf.

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Oda Schmalwasser, Telefon 06 11/75-2680,
E-Mail: vgr-vermoegen@destatis.de.

Weniger Leichtverpackungen im getrennt gesammelten Müll

In Deutschland wurden im Jahr 2003 rund 10,9 Mill. t Verpackungsabfälle getrennt eingesammelt. Dies waren 2% weniger als im Jahr 2002.

Wie schon 2001 und 2002 stammten 59% (6,4 Mill. t) der eingesammelten Verkaufsverpackungen von privaten Endverbrauchern. Es wurden im Durchschnitt 78 kg Verpackungen pro Einwohner vom übrigen Hausmüll getrennt und in der gelben Tonne, im Glas- oder Papiercontainer oder vergleichbaren Systemen eingesammelt. Das im Jahr 2003 eingeführte Pflichtenpfand auf Einwegverpackungen hat die Zusammensetzung der Verpackungsabfälle deutlich verändert: Die größten Einzelposten waren zwar weiterhin mit 2,4 Mill. t die Glasverpackungen, gefolgt von 2,2 Mill. t Leichtverpackungen, einem Gemisch aus Kunststoffen, Leichtmetallen und Verbundmaterialien. Die Menge der eingesammelten Leichtverpackungen nahm aber erstmals seit Beginn dieser Erhebungen im Jahr 1996 ab, und zwar mit über 7% im Vergleich zu 2002 sehr deutlich. Zuvor waren die Mengen an Leichtverpackungen stetig gestiegen, von 1,7 Mill. t im Jahr 1996 auf 2,4 Mill. t im Jahr 2002. Gleichzeitig hat sich der im Jahr 2000 begonnene Rückgang bei den schweren Glasverpackungen fortgesetzt. Ihre Menge nahm 2003 um 1,9% ab, nach -2,4% im Jahr 2002.

Die restlichen 41% des Verpackungsmülls, 4,5 Mill. t, wurden bei Gewerbe und Industrie eingesammelt. Dabei handelte es sich um Transport-, Um- und Verkaufsverpackungen. Zu 66% bestanden diese Verpackungen aus Papier, Pappe bzw. Karton.

66% aller Verpackungen gingen zuerst an Sortieranlagen, um für eine weitere Verwertung aufbereitet zu werden. Der kleinere Teil (34%) konnte direkt an den Altstoffhandel oder Verwerterbetriebe wie zum Beispiel Glas- oder Papierfabriken weitergegeben werden.

Weitere Auskünfte erteilt
Andrea Sandner, Telefon 0 18 88/6 44-82 23,
E-Mail: umwelt@destatis.de.

Weniger ozonschichtschädigende Stoffe verwendet

Die Menge der in Deutschland eingesetzten Stoffe, welche die Ozonschicht schädigen oder anderweitig das Klima beeinflussen, ist im Jahr 2003 um 3,4% auf 9023 t zurückgegangen. Diese Stoffe dienen überwiegend als Kältemittel für Kühl-, Gefrier- und Klimaanlage, als Treibmittel in Spraydosen sowie für Kunst- und Schaumstoffe.

Die Mehrheit dieser Stoffe befindet sich in geschlossenen Systemen. Die Ozonschicht schädigen und das Klima beeinflussen sie erst, wenn sie aus ihren Systemen entweichen. Um diese Gefährdungen zu reduzieren, wird versucht, Ersatzstoffe einzusetzen, die keine oder wesentlich geringere Auswirkungen auf die Ozonschicht oder das Klima haben. Während zum Beispiel der ozonschichtschädigende Stoff R 12 (FCKW – Dichlordifluormethan) bei der Verwendung als Treibmittel für Aerosole gegenüber 2002 um 91% zurückging, stieg der Einsatz des verwendeten Ersatzstoffes R 134a (1,1,1,2-Tetrafluorethan) um 58%.

Weitere Auskünfte erteilt
Hannelore Scherff, Telefon 0 18 88/6 44-82 11,
E-Mail: luft@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

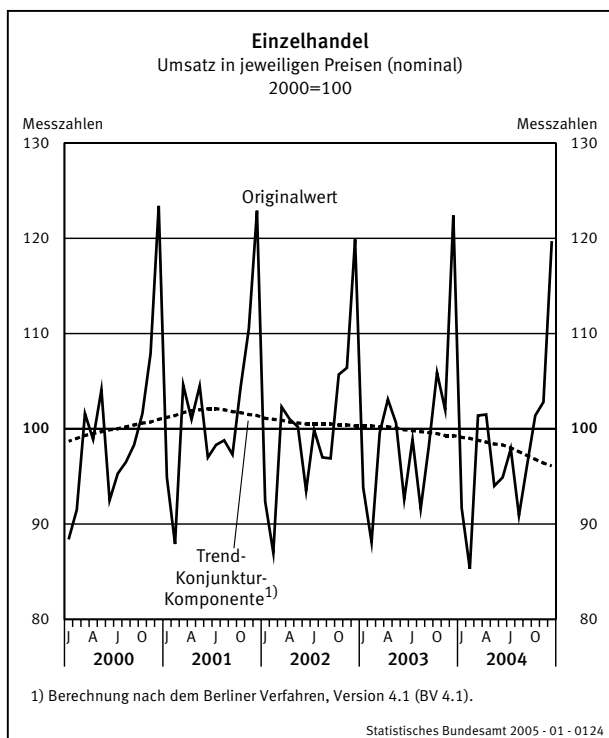
Einzelhandel

Der Einzelhandel setzte in Deutschland im *Dezember 2004* nominal 2,2% und real 2,6% weniger als im Dezember 2003 um; der Dezember 2004 hatte mit 26 Verkaufstagen einen Verkaufstag mehr als der Dezember des Vorjahres. Nach Kalender- und Saisonbereinigung der Daten (Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA) wurde im Vergleich zum November 2004 nominal 0,2% und real 0,5% weniger abgesetzt.

Im Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren lag der Umsatz im Dezember 2004 nominal um 1,5% und real um 2,6% niedriger als im Dezember 2003. In den Lebensmittelgeschäften mit einem breiten Sortiment (Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte) wurde nominal 1,3% und real 2,2% weniger und im Facheinzelhandel mit Lebensmitteln – dazu gehören zum Beispiel die Getränkemärkte und Fischgeschäfte – fiel die Umsatzentwicklung mit nominal -3,9% und real -7,0% noch weit ungünstiger aus.

Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (dazu gehört der Einzelhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern) ging der Umsatz im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal und

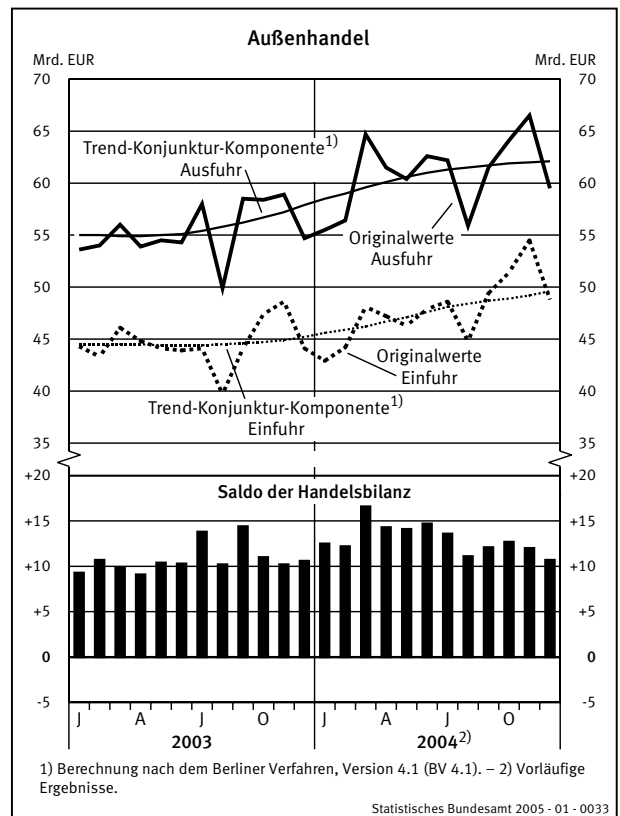
real um 2,7% zurück. Nur eine Branche des Einzelhandels, der Facheinzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren, erzielte nominal (+0,4%) und real (+0,9%) höhere Umsätze als im Dezember 2003. Umsatzrückgänge verzeichneten dagegen der Facheinzelhandel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf (nominal -2,0%, real -1,3%), der Facheinzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Produkten (nominal -2,2%, real -0,6%), der sonstige Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem die Waren- und Kaufhäuser gehören (nominal -5,6%, real -5,1%), der Versandhandel (nominal -6,6%, real -5,8%) und der sonstige Facheinzelhandel (z. B. Bücher, Zeitschriften, Schmuck, Sportartikel) (nominal und real -7,3%).



Im Jahr 2004 wurde im Einzelhandel nominal 1,6% und real 1,7% weniger als im Vorjahr umgesetzt. Damit waren die Umsätze im Einzelhandel im dritten Jahr in Folge rückläufig. 2001 lagen die erzielten Umsätze um nominal 3,6% und real 4,5% höher als 2004.

Außenhandel

Im *Dezember 2004* wurden Waren im Wert von 59,5 Mrd. Euro von Deutschland in andere Staaten ausgeführt und Waren im Wert von 48,8 Mrd. Euro nach Deutschland eingeführt. Die Ausfuhren lagen somit um 8,8% und die Einfuhren um 10,6% über den Werten des gleichen Vorjahresmonats. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Dezember 2004 zwei Arbeitstage mehr hatte als der Dezember 2003. Saisonbereinigt gingen die Ausfuhren gegenüber November 2004 um 4,0% und die Einfuhren um 6,4% zurück.



Die Ausfuhren des Gesamtjahres 2004 lagen mit 730,9 Mrd. Euro nominal um 10,0% über den Werten des Vorjahres, wodurch sich Deutschland als „Exportweltmeister“ behaupten konnte. Die Einfuhren sind im Jahr 2004 um 7,4% auf 574,2 Mrd. Euro gestiegen. Der Index der Ausfuhrpreise lag im Dezember um 1,0% (Gesamtjahr 2004: +0,5%), der Index der Einfuhrpreise um 2,2% (Gesamtjahr 2004: +1,0%) über Vorjahresniveau. Der Einfuhrpreisindex ohne Erdöl und Mineralölzeugnisse lag im Dezember 2004 um +0,9% über dem Vorjahreswert.

Der Außenhandelsüberschuss belief sich im Dezember 2004 auf 10,7 Mrd. Euro. Dies bedeutet einen Rückgang des positiven Außenhandelsbilanzsaldos gegenüber dem Vormonat um 1,3 Mrd. Euro (November 2004: 12,0 Mrd. Euro). Im Vergleich zum Dezember 2003 nahm der Überschuss der Außenhandelsbilanz leicht um 0,1 Mrd. zu. Nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank übertrafen die Überschüsse im Außenhandel (+10,7 Mrd. Euro) und bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+0,1 Mrd. Euro) die negativen Salden der übrigen Teilbilanzen der Leistungsbilanz (Ergänzungen zum Warenverkehr: -1,1 Mrd. Euro, Dienstleistungen: -2,5 Mrd. Euro, Unentgeltliche Leistungen: -1,5 Mrd. Euro) deutlich, sodass die Leistungsbilanz im Dezember 2004 einen Überschuss von 5,9 Mrd. Euro verzeichnen konnte. Im Dezember 2003 hatte die Leistungsbilanz einen Aktivsaldo in Höhe von 7,0 Mrd. Euro. Die Leistungsbilanz des Gesamtjahres 2004 wies einen positiven Saldo in Höhe von 77,9 Mrd. Euro (Gesamtjahr 2003: 45,8 Mrd. Euro) aus, dabei betrug der Außenhandelsüberschuss im abgelaufenen Jahr 156,8 Mrd. Euro (2003: 129,9 Mrd. Euro). [lu](#)

Dr. Rainer Lenz, Dr. Daniel Vorgrimler (beide Statistisches Bundesamt),
Dipl.-Volkswirt Martin Rosemann (Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung – IAW, Tübingen)

Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt „Faktische Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten“ beschäftigt sich mit der Frage, wie eine faktische Anonymisierung von Unternehmens- und Betriebsdaten gelingen kann. Gemeinsam mit der Wissenschaft wollen die statistischen Ämter das so genannte Wissenschaftsprivileg des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) umsetzen, nach dem für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben faktisch anonymisierte Mikrodaten an Hochschulen und sonstige Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung übermittelt werden dürfen. Der folgende Beitrag zeigt, wie aus den Daten für kleine und mittlere Unternehmen der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe eine faktisch anonyme Datei für die Wissenschaft (so genanntes Scientific-Use-File) angeboten werden kann. Neben traditionellen Anonymisierungsmethoden wird hierzu auf eine Variante der Mikroaggregation, einer wesentlichen Verfahrensgruppe der datenverändernden Anonymisierungsverfahren, zurückgegriffen.

Vorbemerkung

Im Jahr 1987 wurde mit § 16 Abs. 6 des Bundesstatistikgesetzes¹⁾ der Wissenschaft ein privilegierter Zugang zu Mikrodaten der amtlichen Statistik eingeräumt. Hiernach ist die Übermittlung von Einzeldaten an die Wissenschaft erlaubt, sofern diese nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand reidentifiziert werden können. „Unverhältnismäßig“ bedeutet hier, dass der Aufwand einer Reidentifikation deren Nut-

zen übersteigt (faktische Anonymität). Dies impliziert, dass die Deanonymisierung von Einzelangaben in einem faktisch anonymen Datensatz nicht mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden muss, es aber für einen potenziellen Datenangreifer unattraktiv wäre, diese Deanonymisierung zu versuchen.

Während die Bereitstellung von faktisch anonymisierten Personendaten seit längerem bewährte Praxis ist, treten bei wirtschaftsstatistischen Einzeldaten einige Besonderheiten auf, die bisher eine faktische Anonymisierung problematisch erscheinen ließen. Verglichen mit Personenerhebungen liegen bei Unternehmenserhebungen wesentlich kleinere Grundgesamtheiten zugrunde, sodass die Besetzungszahlen einzelner Gruppen häufig kleiner sind. Die Verteilungen der quantitativen Merkmale sind heterogener und es treten mit größerer Wahrscheinlichkeit dominierende Fälle auf. Des Weiteren sind die Stichprobenauswahlsätze bei Unternehmenserhebungen in der Regel höher als bei Personenerhebungen. Publizitätspflichten der Unternehmen einerseits und kommerzielle Datenbanken andererseits bewirken, dass einem Externen, der Einzeldaten ihrem Träger zuordnen will, bei Wirtschaftsdaten besseres Zusatzwissen zur Verfügung steht als bei Personendaten. Schließlich wird der Nutzen aus der Kenntnis von Unternehmens- und Betriebsdaten wesentlich höher eingestuft als der aus der Kenntnis von Daten aus Personen- und Haushaltserhebungen. Ein rational kalkulierender Datenangreifer, der Kosten und Nutzen seines Zuordnungsversuches abwägt, wird deshalb auch höhere Kosten für eine Deanonymisierung

1) Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322).

Dipl.-Sozialwissenschaftler Dieter Emmerling

Ehescheidungen 2003

Das Statistische Bundesamt stellt jährlich die Daten über die gerichtlichen Ehelösungen zum Bundesergebnis zusammen. Den gerichtlichen Ehescheidungen kommt dabei quantitativ betrachtet die überragende Bedeutung zu. Die Angaben über die gerichtlichen Ehelösungen stammen aus den Meldungen der Justizgeschäftsstellen bei den zuständigen Familiengerichten, die die gesetzlich vorgeschriebenen Daten zunächst an die jeweiligen Statistischen Landesämter übermitteln. Die aufbereiteten Landesergebnisse werden dann in aggregierter Form an das Statistische Bundesamt weitergeleitet.

Der vorliegende Beitrag stellt die Bundesergebnisse für das Berichtsjahr 2003 vor. Ein besonderes Gewicht wird dabei auf die Abschätzung des generellen Scheidungsrisikos und auf die Frage des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer gelegt.

Die amtliche Statistik registrierte im Jahr 2003 einen weiteren Anstieg der Zahl der jährlichen Ehescheidungen in Deutschland. Mit 213 980 geschiedenen Ehen (+4,8% gegenüber 2002) wurde ein neuer Höchststand erreicht. Im Westen Deutschlands (früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost) ist dabei die Zahl der gerichtlichen Scheidungen von 175 230 im Jahr 2002 auf 183 820 im Jahr 2003 (+4,9%) und im Osten Deutschlands (neue Bundesländer ohne Berlin-Ost) von 28 990 auf 30 150 Fälle (+4,0%) angestiegen.

Im Berichtsjahr 2003 wurden je 10 000 bestehende Ehen bundesweit etwa 114 Ehen geschieden.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der minderjährigen Kinder, die von der Scheidung ihrer Eltern betroffen waren, im

Jahr 2003 weiter um 10 160 auf 170 260 Kinder angewachsen. Der Anteil der geschiedenen Ehen mit minderjährigen Kindern lag bundesweit – bezogen auf alle Scheidungsfälle – bei 50,4% (2002: 49,9%).

Auf der Grundlage der bis zum Berichtsjahr 2003 vorliegenden Daten lässt sich abschätzen, dass mehr als ein Drittel aller Ehen früher oder später durch die Gerichte geschieden wird.

Vorbemerkung

In der Statistik der gerichtlichen Ehescheidungen richtet sich die regionale Zuordnung der Scheidungsfälle nach den jeweiligen Zuständigkeiten der Familiengerichte. Beginnend mit dem Berichtsjahr 1995 ist es durch veränderte Zuständigkeiten der Gerichte im Bundesland Berlin nicht mehr möglich, die Angaben aus der Statistik der gerichtlichen Ehescheidungen zwischen Berlin-West und Berlin-Ost aufzuteilen. Eine Nachweisung der Ergebnisse für die Gebietsteile „früheres Bundesgebiet“ und „neue Länder und Berlin-Ost“ kann seitdem in der Ehescheidungsstatistik nicht mehr erfolgen.

Die für Berlin insgesamt ermittelten Scheidungsfälle werden daher seit 1995 dem früheren Bundesgebiet zugerechnet. Um die Ergebnisse der Ehescheidungsstatistik seit der deutschen Vereinigung vergleichen zu können, wurden im vorliegenden Beitrag in den jeweiligen Tabellen und Schaubildern, bei denen ein West-Ost-Vergleich angestellt wird, die für die Jahre 1990 bis 1994 für Berlin-Ost registrierten Scheidungen nachträglich in die Ergebnisse des früheren Bundesgebietes einbezogen.

Insgesamt wurden in Deutschland im Jahr 2003 durch den Tod des Partners, durch gerichtliche Ehescheidung oder durch gerichtliche Entscheidung auf Aufhebung der Ehe¹⁾ 557 000 Ehen gelöst (2002: 543 430). Auf diese wesentlichen Unterscheidungen bei Nachweisen von Ehelösungen soll hier vorweg eingegangen werden. Dass bei der Auflösung von Ehen insgesamt die Ehelösungen durch den Tod eines Ehepartners nach wie vor von ausschlaggebender Bedeutung sind, zeigt Tabelle 1.

Tabelle 1: Ehelösungen seit 1990

Jahr	Ehelösungen	Davon		
		durch gerichtliche Ehescheidung	durch gerichtliche Aufhebung (oder Nichtigkeitserklärung der Ehe ¹⁾)	durch Tod eines Ehepartners
1990 ²⁾	527 134	154 786	172	372 176
1991	504 679	136 317	167	368 195
1992	494 163	135 010	169	358 984
1993	519 692	156 425	221	363 046
1994	524 068	166 052	444	357 572
1995	528 378	169 425	575	358 378
1996	531 975	175 550	653	355 772
1997	536 748	187 802	681	348 265
1998	537 543	192 416	538	344 589
1999	531 587	190 590	170	340 827
2000	533 967	194 408	222	339 337
2001	532 719	197 498	252	334 969
2002	543 428	204 214	392	338 822
2003	557 002	213 975	299	342 728

1) Seit dem 1. Juli 1998 gibt es nur noch die gerichtlichen Aufhebungen. –
 2) Ohne Aufhebungen und Nichtigkeitserklärungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Auf die Ehelösungen durch den Tod des Ehepartners entfiel im Jahr 2003 mit 342 730 Fällen der weitaus größte Anteil (61,5%) aller Ehelösungen (2002: 62,3%). Die gerichtlichen Ehescheidungen machten dagegen nur 38,4% aller Ehelösungsfälle aus (2002: 37,6%). Die Aufhebungen von Ehen durch Gerichtsurteil spielten im Vergleich mit den Ehelösun-

gen durch Tod eines Ehepartners und den Ehescheidungen für die Ehelösungen insgesamt (wie auch in den Vorjahren) keine nennenswerte Rolle (2003: 300 Fälle).

Im Schaubild 1 ist die Entwicklung des Anteils der Ehescheidungen an allen Ehelösungen seit 1950 dargestellt. Wie aus dem – nur durch kurzfristige Sondereinflüsse durchbrochenen – Haupttrend der Entwicklung des Anteils der Ehescheidungen abzulesen ist, kommt den gerichtlichen Ehescheidungen im Hinblick auf alle Ehelösungen ein sich seit langem verstärkendes Gewicht zu. Bedingt durch eine anscheinend weiter steigende gesellschaftliche Akzeptanz von Ehescheidungen und den weiteren Anstieg der Lebenserwartung, werden insgesamt gesehen mehr Ehen gerichtlich geschieden und weniger Ehen durch den Tod des Partners gelöst.

Ergebnisse

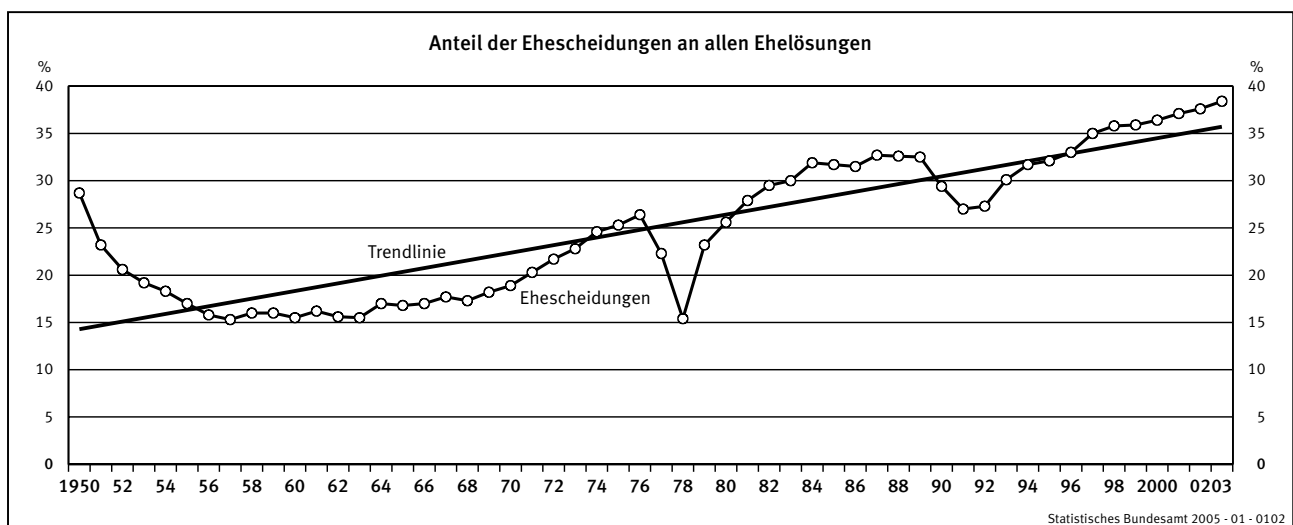
Überblick

In Deutschland wurden im Jahr 2003 213 980 Ehescheidungsurteile rechtskräftig. Gegenüber dem Jahr 2002 stieg die Zahl der geschiedenen Ehen damit um 9 760 Fälle oder 4,8% an. Bundesweit gesehen wurden je 10 000 Einwohner 25,9 Ehen geschieden. Je 10 000 bestehende Ehen errechnete sich ein Wert von 113,8 Ehescheidungen (2002: 107,9).

Auf das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost entfielen mit 183 820 Ehescheidungen 85,9% aller Scheidungsfälle. Im Westen Deutschlands nahm die Zahl der Scheidungen gegenüber dem Jahr 2002 (175 230) um 4,9% zu, während sie im Osten im Jahr 2003 mit 30 150 Fällen gegenüber dem Vorjahr (28 990) um 4,0% anstieg.

Die langfristige Entwicklung der Ehescheidungsfälle seit 1960 ist in Tabelle 2 dargestellt.

Schaubild 1



1) Seit dem 1. Juli 1998 gibt es nur noch die gerichtliche Entscheidung auf Aufhebung der Ehe. Davor wurde noch zwischen der Aufhebung und der Nichtigkeitserklärung unterschieden.

Tabelle 2: Ehescheidungen in Deutschland

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Länder ²⁾	Früheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Länder ²⁾	Früheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Länder ²⁾
	Anzahl			je 10 000 Einwohner ³⁾		je 10 000 bestehende Ehen ⁴⁾	
1960	73 418	48 878	24 540	8,8	14,2	35,7	.
1965	85 304	58 728	26 576	10,0	15,6	39,2	60,9
1970	103 927	76 520	27 407	12,6	16,1	50,9	63,9
1975	148 461	106 829	41 632	17,3	24,7	67,4	98,8
1976	153 061	108 258	44 803	17,5	26,7	68,8	106,5
1977	117 795	74 658	43 137	12,2	25,7	47,7	102,6
davon (1977):							
altes Recht	X	72 959	X	X	X	X	X
neues Recht	X	1 699	X	X	X	X	X
1978	75 758	32 462	43 296	5,3	25,8	20,8	102,8
1979	124 225	79 490	44 735	13,0	26,7	51,0	106,3
1980	141 016	96 222	44 794	15,6	26,8	61,3	106,6
1981	158 087	109 520	48 567	17,8	29,0	72,3	115,9
1982	168 348	118 483	49 865	19,2	29,9	78,4	120,2
1983	170 941	121 317	49 624	19,8	29,7	80,6	120,3
1984	181 064	130 744	50 320	21,3	30,2	87,1	122,4
1985	179 364	128 124	51 240	21,0	30,8	86,1	125,1
1986	174 882	122 443	52 439	20,1	31,5	82,6	128,5
1987	180 490	129 850	50 640	21,2	30,4	87,6	124,3
1988	178 109	128 729	49 380	20,9	29,6	86,6	121,1
1989	176 691	126 628	50 063	20,4	30,1	84,6	122,8
1990	154 786	125 308	29 478	19,4	19,9	81,1	78,4
1991	136 317	128 187	8 130	19,6	5,6	81,9	22,1
1992	135 010	125 907	9 103	19,0	6,3	79,7	25,1
1993	156 425	139 157	17 268	20,8	12,0	87,3	48,3
1994	166 052	145 060	20 992	21,6	14,7	90,6	59,4
1995	169 425	147 945	21 480	21,9	15,1	92,3	61,5
1996	175 550	152 798	22 752	22,5	16,0	95,2	65,8
1997	187 802	161 265	26 537	23,7	18,8	103,7	77,5
1998	192 416	163 386	29 030	24,0	20,7	105,7	85,7
1999	190 590	161 787	28 803	23,8	20,6	101,8	85,9
2000	194 408	164 971	29 437	24,2	21,2	104,0	88,6
2001	197 498	168 427	29 071	24,6	21,1	106,5	88,7
2002	204 214	175 226	28 988	25,5	21,2	111,6	89,9
2003	213 975	183 824	30 151	26,7	22,2	117,6	94,9

1) Ab 1990: einschl. Berlin-Ost. – 2) Ab 1990: ohne Berlin-Ost. Würden die Ehescheidungen des Jahres 1990, die für Berlin-Ost festgestellt worden waren, in die Ergebnisse für die neuen Länder einbezogen, so ergäbe sich eine Zahl von 31 917 Ehescheidungen. – 3) Ab 1992: durchschnittliche Einwohnerzahl, sonst jeweils 30. Juni. – 4) Ausgehend von der Zahl der verheirateten Frauen am Jahresbeginn; 1990 Berlin-Ost: ausgehend von der Zahl der verheirateten Frauen am 31. Dezember 1990.

Daraus ist ersichtlich, dass im Jahr 1975 die Zahl der Scheidungen im früheren Bundesgebiet und Berlin-West mit 106 830 Fällen erstmals die Schwelle von 100 000 jährlich geschiedenen Ehen überschritten hatte.

Bereits Mitte der 1980er-Jahre bis zu Beginn der 1990er-Jahre war ein Stand zwischen jährlich 120 000 und 130 000 geschiedenen Ehen erreicht worden. Diese Entwicklung war lediglich von einem kurzzeitigen, aber erheblichen Rückgang der Scheidungszahlen seit 1977 unterbrochen worden, der durch den rechtlich veränderten Rahmen für gerichtliche Ehescheidungen bedingt war, welcher mit dem 1. Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts zum 1. Juli 1977 wirksam wurde. Das bis dahin geltende Schuldprinzip wurde durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt und darüber hinaus wurden umfangreiche Neuregelungen für den Vermögens- und den Versorgungsausgleich der ehemaligen Partner eingeführt.

Bis zum Jahr 1999, in dem ein leichter Rückgang der Zahl der Scheidungsfälle eintrat, war die Zahl der jährlichen Ehescheidungen im Westen Deutschlands seit 1993 auf hohem Niveau ständig gestiegen. In den Jahren 2000 bis 2002 setzte sich der Trend einer jährlich steigenden Zahl von

Scheidungsfällen jeweils mit neuen Höchstständen fort. Im Berichtsjahr 2003 schließlich hat die Gesamtzahl der Ehescheidungen im Westen Deutschlands erstmals den Wert von 180 000 Fällen überschritten.

Im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin wurden, bezogen auf 10 000 Einwohner, im Jahr 2003 26,7 Ehen geschieden (2002: 25,5). Wird die Zahl der bestehenden Ehen als Bezugsgröße herangezogen, so entfielen im Jahr 2003 auf 10 000 bestehende Ehen im Westen Deutschlands 117,6 Ehescheidungen. Im Vorjahr lag der Wert dieser Ziffer bei 111,6.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Scheidungshäufigkeit im Osten Deutschlands ist von einer Sondersituation auszugehen. In der ehemaligen DDR hatte sich im Schnitt die Zahl der geschiedenen Ehen zuletzt bei jährlich 50 000 Fällen bewegt.

Schon seit Mitte der 1970er-Jahre waren davor – mit steigender Tendenz – jährlich mehr als 40 000 Ehen gerichtlich durch Scheidung gelöst worden.

Nach der deutschen Vereinigung ist die Zahl der Scheidungen in den Jahren 1990 und 1991 dann aus unterschied-

Tabelle 3: Eheschließungen

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Länder
1985	496 175	375 345	120 830
1986	509 320	383 774	125 546
1987	523 847	395 220	128 627
1988	534 903	410 280	124 623
1989	529 597	410 645	118 952
1990	516 388	423 143	93 245
1991	454 291	409 160	45 131
1992	453 428	410 644	42 784
1993	442 605	398 629	43 976
1994	440 244	393 325	46 919
1995	430 534	381 724	48 810
1996	427 297	378 469	48 828
1997	422 776	374 577	48 199
1998	417 420	367 527	49 893
1999	430 674	375 318	55 356
2000	418 550	364 804	53 746
2001	389 591	338 623	50 968
2002	391 963	341 353	50 610
2003	382 911	332 601	50 310

1) Einschl. Berlin-Ost.

lichen Gründen stark abgesunken (bis auf 8 130 Ehescheidungen). In den Folgejahren ist sie dann in mehreren Sprüngen bis auf 29 030 Fälle im Jahr 1998 wieder angewachsen.²⁾ Nachdem sich die Fallzahlen – mit leichten Schwankungen – über mehrere Jahre auf diesem Niveau

bewegt haben, wurden im Jahr 2003 erstmals seit 1989 für den Osten Deutschlands mit 30 150 Ehescheidungen wieder mehr als 30 000 Scheidungsfälle von der amtlichen Statistik registriert (2002: 28 990).

Bezogen auf 10 000 Einwohner wurden im Osten Deutschlands im Jahr 2003 22,2 (2002: 21,2) Ehen geschieden. Auf 10 000 bestehende Ehen entfielen hier 94,9 Scheidungen (2002: 89,9).

In welche Richtung sich die Zahl der jährlich geschiedenen Ehen im Osten Deutschlands in nächster Zeit entwickeln wird, ist derzeit kaum absehbar. Aus der Entwicklung der Zahl der jährlichen Eheschließungen in den neuen Ländern lässt sich ablesen, dass die Heiratsneigung nach 1990 insgesamt stark zurückgegangen war (siehe Tabelle 3) und nach einem kurzfristigen Anstieg der Zahl der Eheschließungen im Jahr 1999 (55 400) nunmehr wiederum rückläufig ist.

Die Scheidungsanträge werden weiterhin vornehmlich von den Ehefrauen gestellt

Auch im Hinblick auf die im Berichtsjahr 2003 geschiedenen Ehen hat sich an dem Sachverhalt, dass die Initiative zur gerichtlichen Auflösung der Ehe formell vorwiegend von

Tabelle 4: Ehescheidungen nach dem Antragsteller und der Entscheidung in der Ehesache

Jahr Gebiet	Ehescheidungen insgesamt	Das Verfahren wurde beantragt							Entscheidungen in der Ehesache			
		vom Mann			von der Frau				nach BGB			aufgrund anderer Vorschriften
		zusammen	ohne Zustimmung der Frau	mit	zusammen	ohne Zustimmung des Mannes	mit	von beiden Ehegatten	§ 1565 Abs. 1 i.V.m. § 1565 Abs. 2 (Scheidung vor einjähriger Trennung)	§ 1565 Abs. 1 (Scheidung nach einjähriger Trennung)	§ 1565 Abs. 2 (Scheidung nach dreijähriger Trennung)	
Anzahl												
2003												
Deutschland	213 975	77 385	5 926	71 459	122 217	11 475	110 742	14 373	3 950	186 618	22 169	1 238
Früheres Bundesgebiet ¹⁾	183 824	67 462	4 834	62 628	103 590	9 249	94 341	12 772	3 471	160 459	18 691	1 203
Neue Länder	30 151	9 923	1 092	8 831	18 627	2 226	16 401	1 601	479	26 159	3 478	35
2002												
Deutschland	204 214	73 480	5 434	68 046	118 273	10 406	107 867	12 461	3 072	182 225	17 889	1 028
Früheres Bundesgebiet ¹⁾	175 226	64 231	4 304	59 927	99 816	8 026	91 790	11 179	2 838	155 953	15 431	1 004
Neue Länder	28 988	9 249	1 130	8 119	18 457	2 380	16 077	1 282	234	26 272	2 458	24
%												
2003												
Deutschland	100	36,2	2,8	33,4	57,1	5,4	51,8	6,7	1,8	87,2	10,4	0,6
Früheres Bundesgebiet ¹⁾	100	36,7	2,6	34,1	56,4	5,0	51,3	6,9	1,9	87,3	10,2	0,7
Neue Länder	100	32,9	3,6	29,3	61,8	7,4	54,4	5,3	1,6	86,8	11,5	0,1
2002												
Deutschland	100	36,0	2,7	33,3	57,9	5,1	52,8	6,1	1,5	89,2	8,8	0,5
Früheres Bundesgebiet ¹⁾	100	36,7	2,5	34,2	57,0	4,6	52,4	6,4	1,6	89,0	8,8	0,6
Neue Länder	100	31,9	3,9	28,0	63,7	8,2	55,5	4,4	0,8	90,6	8,5	0,1

1) Einschl. Berlin-Ost.

2) Diese Entwicklung der Scheidungshäufigkeit im Osten Deutschlands seit 1990 dürfte ihre Gründe wohl einerseits in der Umstellung auf das bundesdeutsche Scheidungsverfahren und -recht mit seinen Vorgaben bestimmter Fristen und seinen finanziellen Folgen haben. Andererseits wird davon auszugehen sein, dass die Umbrüche in den sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnissen im Osten Deutschlands, die mit der deutschen Vereinigung einhergegangen waren, auch zu einer zeitlichen Verschiebung beabsichtigter Scheidungen geführt haben.

den Frauen ausgeht, nichts geändert. So hat sich der Anteil der Scheidungsfälle in Deutschland, bei denen die Ehefrauen die Scheidung beantragt hatten, gegenüber dem Vorjahr (57,9%) für das Jahr 2003 mit 57,1% nur geringfügig vermindert (siehe Tabelle 4). In 36,2% der Scheidungsfälle des Jahres 2003 hatten die Männer die Scheidung beantragt, und in 6,7% aller Fälle waren beide Ehegatten als Antragsteller aufgetreten.

Bei der Mehrzahl der Fälle, in denen der Scheidungsantrag von nur einem Ehegatten eingereicht worden war, erteilte der jeweilige Partner seine Zustimmung.

Ehescheidungen erfolgen zumeist nach einjähriger Trennung der Partner

Im Jahr 2003 erging mit 186 620 Entscheidungen (2002: 182 230) der jeweils zuständigen Familiengerichte in der ganz überwiegenden Zahl aller Fälle (87,2%) bundesweit das Scheidungsurteil nach einjähriger Trennung (siehe Tabelle 4: § 1565 Abs. 1 BGB). Nach einer Trennungszeit von drei Jahren oder mehr wurden 2003 22 170 (10,4%) Ehen gerichtlich geschieden. Aufgrund der entsprechenden Vorschriften des § 1565 Abs. 1 BGB in Verbindung mit § 1566 Abs. 2 BGB waren im Vorjahr nur 17 890 Ehen durch Scheidungsurteil gelöst worden. Eine gescheiterte Ehe kann nach § 1565 BGB geschieden werden, wenn die grundsätzliche Voraussetzung einer Trennungszeit von mindestens einem Jahr erfüllt ist. Nach § 1565 Absatz 2 BGB kann eine Ehe bei einer kürzeren Trennungszeit nur dann geschieden werden, wenn das Gericht feststellt, dass die Fortsetzung der Ehe für den die Scheidung begehrenden Ehegatten aus Gründen, die in der Person des Noch-Ehegatten liegen, eine unzumutbare Härte darstellen würde. Im Jahr 2003 wurden aufgrund dieser Regelung 3 950 Ehen geschieden, das entspricht 1,8% aller Scheidungsfälle (2002: 3 070 bzw. 1,5%).

Aufgrund anderer Rechtsvorschriften wurden im Jahr 2003 bundesweit lediglich 1 240 Ehen rechtskräftig geschieden. Mit einem Anteil von 0,6% spielen diese Scheidungsfälle aus statistischer Sicht eine völlig untergeordnete Rolle.

Aus der Betrachtung der Rechtsgrundlagen für die Entscheidung der Familiengerichte in der Ehesache lässt sich zusammenfassend ableiten, dass die eigentlichen Gründe für das Scheitern der jeweiligen Ehe in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Fälle mehr als ein Jahr vor dem Zeitpunkt der gerichtlichen Ehescheidung eingetreten sein müssen.

Im Regelfall werden ältere Männer von ihren jüngeren Frauen geschieden

Wie in den vorangegangenen Jahren wurden auch 2003 in Deutschland bei knapp zwei Dritteln (64,6%) aller Fälle ältere Ehemänner von ihren jüngeren Ehefrauen geschieden (siehe Tabelle 5). Dies ist allerdings ein zu erwartendes Ergebnis, denn wie ein Blick auf Ergebnisse der Eheschließungsstatistik für den Zeitraum der letzten zehn Jahre zeigt, sind zum Beispiel ledige Männer bei der Eheschließung im Durchschnitt deutlich älter als ihre (ledigen) Bräute (siehe Tabelle 6).

Tabelle 5: Ehescheidungen 2003 nach dem Altersunterschied der Ehegatten

Altersunterschied der Ehegatten	Deutschland		Früheres Bundesgebiet ¹⁾		Neue Länder	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Weniger als 1 Jahr	38 240	17,9	32 052	17,4	6 188	20,5
Mann älter	138 180	64,6	118 680	64,6	19 500	64,7
davon um:						
1 Jahr	23 935	11,2	20 164	11,0	3 771	12,5
2 Jahre	22 907	10,7	19 340	10,5	3 567	11,8
3 Jahre	19 716	9,2	16 773	9,1	2 943	9,8
4 Jahre	15 609	7,3	13 374	7,3	2 235	7,4
5 Jahre	11 978	5,6	10 238	5,6	1 740	5,8
6 Jahre	9 446	4,4	8 205	4,5	1 241	4,1
7 Jahre	7 339	3,4	6 373	3,5	966	3,2
8 Jahre	5 609	2,6	4 909	2,7	700	2,3
9 Jahre	4 344	2,0	3 868	2,1	476	1,6
10 Jahre	3 400	1,6	2 989	1,6	411	1,4
11 bis 15 Jahre	8 987	4,2	7 998	4,4	989	3,3
16 Jahre und mehr	4 910	2,3	4 449	2,4	461	1,5
Frau älter	37 555	17,6	33 092	18,0	4 463	14,8
davon um:						
1 Jahr	9 570	4,5	8 235	4,5	1 335	4,4
2 Jahre	6 643	3,1	5 857	3,2	786	2,6
3 Jahre	4 573	2,1	4 016	2,2	557	1,8
4 Jahre	3 460	1,6	3 082	1,7	378	1,3
5 Jahre	2 560	1,2	2 258	1,2	302	1,0
6 Jahre	1 987	0,9	1 767	1,0	220	0,7
7 Jahre	1 625	0,8	1 457	0,8	168	0,6
8 Jahre	1 290	0,6	1 163	0,6	127	0,4
9 Jahre	1 015	0,5	919	0,5	96	0,3
10 Jahre	850	0,4	762	0,4	88	0,3
11 bis 15 Jahre	2 383	1,1	2 139	1,2	244	0,8
16 Jahre und mehr	1 599	0,7	1 437	0,8	162	0,5
Insgesamt ...	213 975	100	183 824	100	30 151	100

1) Einschl. Berlin-Ost.

In 17,6% der Ehescheidungen waren die Frauen mindestens 1 Jahr älter als die von ihnen geschiedenen Männer. Bei 17,9% der Fälle betrug der Altersunterschied der ehemaligen Partner weniger als 1 Jahr.

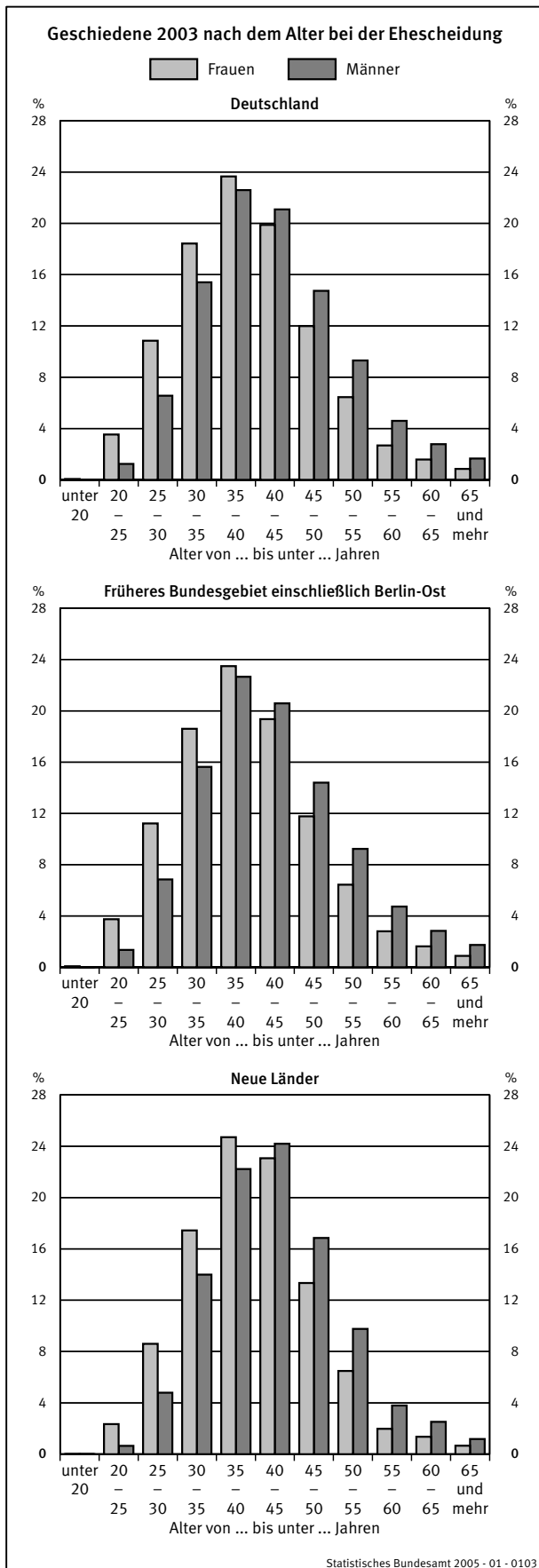
Das durchschnittliche Alter der im Berichtsjahr 2003 Geschiedenen lag für die Frauen bei 39,3 und für die Män-

Tabelle 6: Durchschnittliches Heiratsalter von bei der Eheschließung ledigen Partnern
Jahre

Jahr	Durchschnittliches Heiratsalter		Differenz
	Ledige		
	Männer	Frauen	
1994	29,4	27,1	2,3
1995	29,7	27,3	2,4
1996	30,0	27,6	2,4
1997	30,3	27,8	2,5
1998	30,6	28,0	2,6
1999	31,0	28,3	2,7
2000	31,2	28,4	2,8
2001	31,6	28,8	2,8
2002	31,8	28,8	3,0
2003	32,0	29,0	3,0

ner bei 42,0 Jahren. Das Durchschnittsalter der Geschiedenen ist damit bundesweit für beide Geschlechter weiter

Schaubild 2



leicht angestiegen (jeweils +0,4 Jahre). Im West-Ost-Vergleich waren sowohl bei den Männern (42,3 Jahre) als auch bei den Frauen (39,8 Jahre) die im Jahr 2003 Geschiedenen im Osten Deutschlands durchschnittlich etwas älter als die Geschiedenen im Westen (Männer: 41,9 Jahre; Frauen: 39,2 Jahre).

Die Altersverteilung der im Jahr 2003 geschiedenen Männer und Frauen geht im Einzelnen aus dem Schaubild 2 hervor.

Der Schwerpunkt der Altersverteilung der Geschiedenen liegt bundesweit und für den Westen Deutschlands sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern auf der Altersgruppe der 35- bis unter 40-jährigen. In den neuen Ländern bilden die beiden benachbarten Altersgruppen „35 bis unter 40 Jahre“ und „40 bis unter 45 Jahre“ den Schwerpunkt der Altersverteilung. Dabei ist der Anteil der im Berichtsjahr 2003 geschiedenen Männer im Osten in der Altersgruppe der 40- bis unter 45-jährigen sogar höher als der in der Altersgruppe der 35- bis unter 40-jährigen.

Aus der bundesweiten Altersverteilung ist auch erkennbar, dass die Geschiedenen mit einem höheren Lebensalter – und damit mit einer im Durchschnitt längeren Ehedauer – insgesamt eine durchaus beachtliche Rolle für das Scheidungsgeschehen spielen.

Anteil der Scheidungen von Ehen zwischen deutschen Ehepartnern weiter gesunken

Wie aus der Tabelle 7 hervorgeht, ist im Berichtsjahr 2003 der Anteil der geschiedenen Ehen, bei denen beide ehemaligen Ehegatten die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen (178 790 Fälle), bundesweit erneut leicht auf 83,6% gesunken (2002: 83,9%). Bei 26 540 Scheidungsfällen des Berichtsjahres hatte ein Partner die deutsche und der andere Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit. Das entspricht einem Anteil von 12,4% aller geschiedenen Ehen. Darunter sind die geschiedenen Ehen von deutsch/türkischen Paaren zahlenmäßig am bedeutsamsten. 3 390 dieser ehelichen Verbindungen wurden 2003 durch Gerichtsurteil gelöst. Die amtliche Statistik zählte darüber hinaus 8 640 Fälle, in denen beide ehemaligen Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen. Dies entspricht einem Anteil von 4,0% aller Scheidungen.

Zahl der von der Scheidung ihrer Eltern betroffenen minderjährigen Kinder weiter gestiegen

In der Statistik der gerichtlichen Ehescheidungen kann auch die Zahl der noch lebenden minderjährigen Kinder aus den geschiedenen Ehen nachgewiesen werden, die im jeweiligen Berichtsjahr, in dem das Scheidungsurteil über die Ehe ihrer Eltern rechtskräftig geworden ist, von der Trennung ihrer Eltern betroffen waren. Allerdings steht der amtlichen Statistik nur die Information über die Zahl der minderjähri-

Tabelle 7: Ehescheidungen nach der Staatsangehörigkeit der Ehegatten

Staatsangehörigkeit des Mannes	Insgesamt	Darunter mit deutscher Frau	Staatsangehörigkeit der Frau	Insgesamt	Darunter mit deutschem Mann	Beide Ehegatten mit ausgewählter gleicher ausländischer Staatsangehörigkeit	Insgesamt
2003							
Deutsch	189 121	178 794	Deutsch	195 006	178 794	–	–
Griechisch	530	187	Griechisch	411	88	Griechisch	274
Italienisch	1 628	768	Italienisch	979	251	Italienisch	631
Jugoslawisch ¹⁾	2 804	2 333	Jugoslawisch ¹⁾	958	511	Jugoslawisch ¹⁾	358
Spanisch	242	152	Spanisch	262	157	Spanisch	58
Türkisch	5 545	2 767	Türkisch	3 359	622	Türkisch	2 657
Sonstige ²⁾	14 105	10 005	Sonstige ²⁾	13 000	8 698	–	–
Insgesamt ...	213 975	195 006	Insgesamt ...	213 975	189 121	Insgesamt ...	3 978
2002							
Deutsch	180 837	171 314	Deutsch	186 609	171 314	–	–
Griechisch	539	171	Griechisch	461	89	Griechisch	319
Italienisch	1 575	769	Italienisch	973	261	Italienisch	609
Jugoslawisch ¹⁾	2 678	2 217	Jugoslawisch ¹⁾	896	492	Jugoslawisch ¹⁾	327
Spanisch	249	153	Spanisch	263	151	Spanisch	68
Türkisch	5 082	2 483	Türkisch	3 135	577	Türkisch	2 485
Sonstige ²⁾	13 254	9 502	Sonstige ²⁾	11 877	7 953	–	–
Insgesamt ...	204 214	186 609	Insgesamt ...	204 214	180 837	Insgesamt ...	3 808

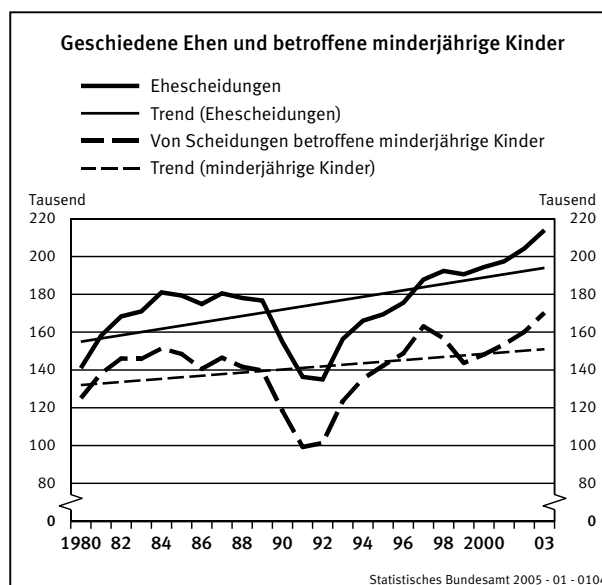
1) Alle Personen, die zum Zeitpunkt der Scheidung die jugoslawische Staatsangehörigkeit besaßen. – 2) Einschl. Staatenloser.

gen Kinder der jeweiligen Ehe, nicht aber über das genaue Alter der betroffenen Kinder zur Verfügung.

Insgesamt 170 260 minderjährige Kinder waren im Berichtsjahr 2003 bundesweit von der Scheidung ihrer Eltern betroffen. Im Jahr 2002 hatte die amtliche Statistik 160 100 betroffene Kinder gezählt (siehe Tabelle 8 auf S. 104). Seit 1999 (143 730 Kinder) ist die Zahl der jährlich betroffenen Kinder in Deutschland damit ständig gestiegen und hat sich im Berichtsjahr 2003 deutlich weiter erhöht. Im Westen Deutschlands wurden im Jahr 2003 147 120 (2002: 136 770) und im Osten 23 140 (2002: 23 330) minderjährige Kinder, die die Trennung ihrer verheirateten Eltern erlebt haben, gezählt. Auf 1 000 Ehescheidungen entfielen im Jahr 2003 im Westen Deutschlands durchschnittlich 800 (2002: 781) und im Osten Deutschlands 767 minderjährige Kinder (2002: 805). Der Anteil der Scheidungsfälle mit minderjährigen Kindern lag, bezogen auf alle im Jahr 2003 rechtskräftig geschiedenen Ehen, bundesweit bei 50,4% (2002: 49,9%).

Die Folgen von Ehescheidungen gerade für die hiervon betroffenen Kinder werden vielfältig in Wissenschaft und Forschung, aber auch in der allgemeinen Öffentlichkeit diskutiert.³⁾ Auch wenn die der amtlichen Statistik zur Verfügung stehenden Daten keinen Aufschluss darüber geben können, wie viele Minderjährige zurzeit insgesamt als von der Scheidung ihrer Eltern betroffene Kinder in Deutschland leben, so zeigt ein Blick auf die vorhandenen Daten doch die Dimension dieses Problems auf. Im Schaubild 3 sind die Zahl der jährlichen Ehescheidungen und die Zahl der jährlich von der Scheidung ihrer Eltern betroffenen Kinder ab 1980 sowie der langfristige Trend dargestellt.

Schaubild 3



Aus dem Trend der Entwicklung der Zahl der Ehescheidungen und der Zahl der betroffenen Kinder ist erkennbar, dass sich die Zahl der jährlich betroffenen Kinder im Durchschnitt bundesweit nicht ganz so stark erhöht hat wie die Zahl der Scheidungen in dem gewählten Beobachtungszeitraum von 1980 bis 2003. Dennoch verlaufen beide Entwicklungen fast parallel. In Zahlen bedeutet das, dass durchschnittlich gut 140 000 Kinder jährlich und im gesamten Beobachtungszeitraum insgesamt knapp 3,4 Mill. Minderjährige in Deutschland zu Scheidungskindern geworden sind.

3) In der wissenschaftlichen Literatur zum Problem der Scheidungsfolgen für die betroffenen Kinder finden sich in jüngerer Zeit auch gegensätzliche Auffassungen. Vergleiche hierzu etwa Hyams, H.-U.: „Kinder wollen keine Scheidung“, Stuttgart 2002, und Largo, R.H./Czernin, M.: „Glückliche Scheidungskinder. Trennungen und wie Kinder damit fertig werden“, München 2003. Einerseits wird betont, dass der Preis, den Kinder für die Scheidung der Eltern bezahlen müssen, immer zu hoch ist, andererseits wird herausgestellt, dass Kinder auch nach einer Trennung glücklich leben können, wenn sie gut von den Eltern versorgt werden. Darüber hinaus finden sich aber auch ausdrückliche Aussagen zum deutlich erhöhten Scheidungsrisiko bezogen auf Personen, die aus Familien stammen, die durch Scheidung aufgelöst wurden. So etwa in Bezug auf das frühere Bundesgebiet bei Diekmann, A./Engelhardt, H.: „Alter der Kinder bei Ehescheidung der Eltern und soziale Vererbung des Scheidungsrisikos“, Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Rostock working paper, 2002-044, S. 7 (<http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2002-044.pdf>).

Tabelle 8: Ehescheidungen nach der Zahl der noch lebenden minderjährigen Kinder dieser Ehe

Jahr	Ehescheidungen					Betroffene Kinder	
	insgesamt	zusammen	darunter mit Kindern				
			davon mit ... Kind(ern)				
	Anzahl	% von Spalte 1	1	2	3 und mehr	Anzahl	je 1 000 Ehescheidungen
Deutschland							
1975	148 461	62,3	55,5	30,0	14,5	154 316	1 039
1980	141 016	58,5	60,9	30,0	9,1	125 047	887
1985	179 364	57,5	63,7	30,3	5,9	148 424	828
1986	174 882	55,9	63,4	30,7	5,9	140 604	804
1987	180 490	56,3	63,3	30,8	5,9	146 516	812
1988	178 109	54,8	62,6	31,2	6,2	141 696	796
1989	176 691	54,0	61,7	31,8	6,5	139 746	791
1990	154 786	52,1	61,6	31,9	6,5	118 340	765
1991	136 317	49,3	61,1	31,8	7,2	99 268	728
1992	135 010	50,4	60,3	32,2	7,4	101 377	751
1993	156 425	52,3	58,9	33,4	7,8	123 541	790
1994	166 052	53,7	58,4	33,6	8,0	135 318	815
1995	169 425	54,7	57,2	34,3	8,5	142 292	840
1996	175 550	55,0	56,8	34,6	8,6	148 782	848
1997	187 802	55,9	55,9	35,1	9,0	163 112	869
1998	192 416	52,4	55,8	35,2	9,0	156 735	815
1999	190 590	48,2	55,2	35,5	9,3	143 728	754
2000	194 408	48,8	55,3	35,5	9,2	148 192	762
2001	197 498	49,6	55,0	35,9	9,2	153 517	777
2002	204 214	49,9	54,5	36,4	9,1	160 095	784
2003	213 975	50,4	54,1	36,5	9,4	170 256	796
Früheres Bundesgebiet ¹⁾							
1975	106 829	58,9	53,8	30,8	15,4	107 216	1 004
1980	96 222	52,9	59,0	30,7	10,3	78 972	821
1985	128 124	52,5	64,1	29,3	6,6	96 991	757
1986	122 443	50,0	64,3	29,2	6,5	87 986	719
1987	129 850	51,3	64,3	29,3	6,4	95 740	737
1988	128 729	49,7	63,4	29,8	6,7	92 785	721
1989	126 628	48,5	62,7	30,3	6,9	89 552	707
1990	125 308	48,6	62,0	31,2	6,9	89 393	713
1991	128 187	48,7	61,1	31,6	7,3	92 298	720
1992	125 907	49,3	60,2	32,2	7,6	92 662	736
1993	139 157	50,1	58,8	33,3	8,0	105 431	758
1994	145 060	51,2	58,1	33,7	8,3	113 148	780
1995	147 945	52,4	56,9	34,3	8,8	119 348	807
1996	152 798	52,9	56,3	34,7	9,0	125 187	819
1997	161 265	53,8	55,4	35,2	9,4	135 520	840
1998	163 386	50,3	54,9	35,6	9,4	128 996	790
1999	161 787	46,3	53,9	36,3	9,8	118 661	733
2000	164 971	47,1	53,7	36,5	9,9	123 257	747
2001	168 427	48,1	53,2	37,0	9,8	128 991	766
2002	175 226	48,8	52,4	37,8	9,8	136 767	781
2003	183 824	49,8	52,1	37,9	10,0	147 117	800
Neue Länder und Berlin-Ost ²⁾							
1975	41 632	71,0	59,3	28,2	12,5	47 100	1 131
1980	44 794	70,4	63,9	28,8	7,3	46 075	1 029
1985	51 240	70,2	63,0	32,3	4,7	51 433	1 004
1986	52 439	69,5	61,9	33,3	4,9	52 618	1 003
1987	50 640	69,0	61,4	33,6	5,1	50 776	1 003
1988	49 380	68,2	61,1	33,8	5,1	48 911	991
1989	50 063	68,1	59,8	34,5	5,6	50 194	1 003
1990	29 478	67,0	60,5	34,0	5,5	28 947	982
1991	8 130	58,2	60,4	33,5	6,0	6 970	857
1992	9 103	65,7	61,7	32,7	5,6	8 715	957
1993	17 268	70,5	59,6	33,9	6,5	18 110	1 049
1994	20 992	71,1	60,0	33,4	6,6	22 170	1 056
1995	21 480	70,7	58,4	34,5	7,1	22 944	1 068
1996	22 752	69,4	59,4	33,8	6,9	23 595	1 037
1997	26 537	69,0	58,6	34,2	7,1	27 592	1 040
1998	29 030	64,0	59,8	33,3	7,0	27 739	956
1999	28 803	58,6	60,9	32,0	7,1	25 067	870
2000	29 437	58,3	62,8	31,1	6,1	24 935	847
2001	29 071	58,4	63,3	30,7	6,0	24 526	844
2002	28 988	56,4	65,0	29,3	5,7	23 328	805
2003	30 151	54,0	65,8	28,4	5,8	23 139	767

1) Ab 1990: einschl. Berlin-Ost. – 2) Ab 1990: ohne Berlin-Ost.

In den ersten Jahren nach der Heirat ist das Scheidungsrisiko besonders hoch

Inwieweit es einen Zusammenhang zwischen der Dauer einer Ehe und dem Risiko gibt, dass die Ehe geschieden wird, und welche Ehephase besonders scheidungssträftig ist, das sind Fragen, die in den Medien immer wieder gern thematisiert werden.⁴⁾ Im Folgenden wird der Versuch unternommen, sich einer Antwort auf diese Fragen zu nähern.

Grundsätzlich ist zunächst darauf hinzuweisen, dass Ehen nicht nur durch gerichtliches Urteil, was im Wesentlichen „Scheidung“ bedeutet und woran häufig nur gedacht wird, sondern auch und in erster Linie durch den Tod eines Ehepartners gelöst werden können (siehe oben). Das Fortbestehen einer Ehe unterliegt demnach zwei prinzipiell verschiedenen Risiken. Aussagen über die Abhängigkeit des Scheidungsrisikos von der Ehedauer lassen sich auf der Grundlage der bis zu einem bestimmten Berichtsjahr vorliegenden Daten der Ehescheidungsstatistik treffen. Dabei ist es allerdings nicht ausreichend, die Ehescheidungen des Berichtsjahres nach ihrer Ehedauer aufzugliedern und die entsprechenden Fälle im Hinblick auf ihre absolute Häufigkeit zu betrachten. Aus einer solchen Aufgliederung (siehe Tabelle 9) wird zwar deutlich, dass die geschiedenen Ehen eines Berichtsjahres eine sehr unterschiedliche Ehedauer

aufweisen und dass es eine Ballung der Fälle mit relativ kurzer Ehedauer gibt. Da die geschiedenen Ehen aber aus sehr unterschiedlichen Eheschließungsjahren stammen, muss im Hinblick auf eine Risikoabschätzung im ersten Schritt ein Bezug der geschiedenen Ehen mit bestimmter Ehedauer zu den Ehen, die im selben Jahr geschlossen worden sind, hergestellt werden. Der Grund hierfür liegt einfach in der Tatsache, dass sich die Zahl der Eheschließungen im Zeitablauf stark verändert. Es ist daher üblich, die im Berichtsjahr geschiedenen Ehen bestimmter Ehedauer auf 1 000 Ehen desselben Eheschließungsjahres zu beziehen. Schwankungen im Altersaufbau und im Heiratsverhalten der Bevölkerung, die sich dann auch in den absoluten Scheidungszahlen niederschlagen, werden durch diese „Normierung“ statistisch ausgeschaltet. Die Maßzahl, die sich durch diese Rechenoperation ergibt und die unmittelbar vergleichbar ist, ist die so genannte ehedauerspezifische Scheidungsziffer. In Tabelle 9 werden die Berechnungsergebnisse für Deutschland, das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost sowie für die neuen Bundesländer ohne Berlin-Ost in zusammengefasster Form zum Vergleich für die Berichtsjahre 2003 und 2002 wiedergegeben.

Demnach lag der höchste Wert der ehedauerspezifischen Scheidungsziffer für das Berichtsjahr 2003 sowohl für Deutschland insgesamt als auch für die Gebietsteile bei

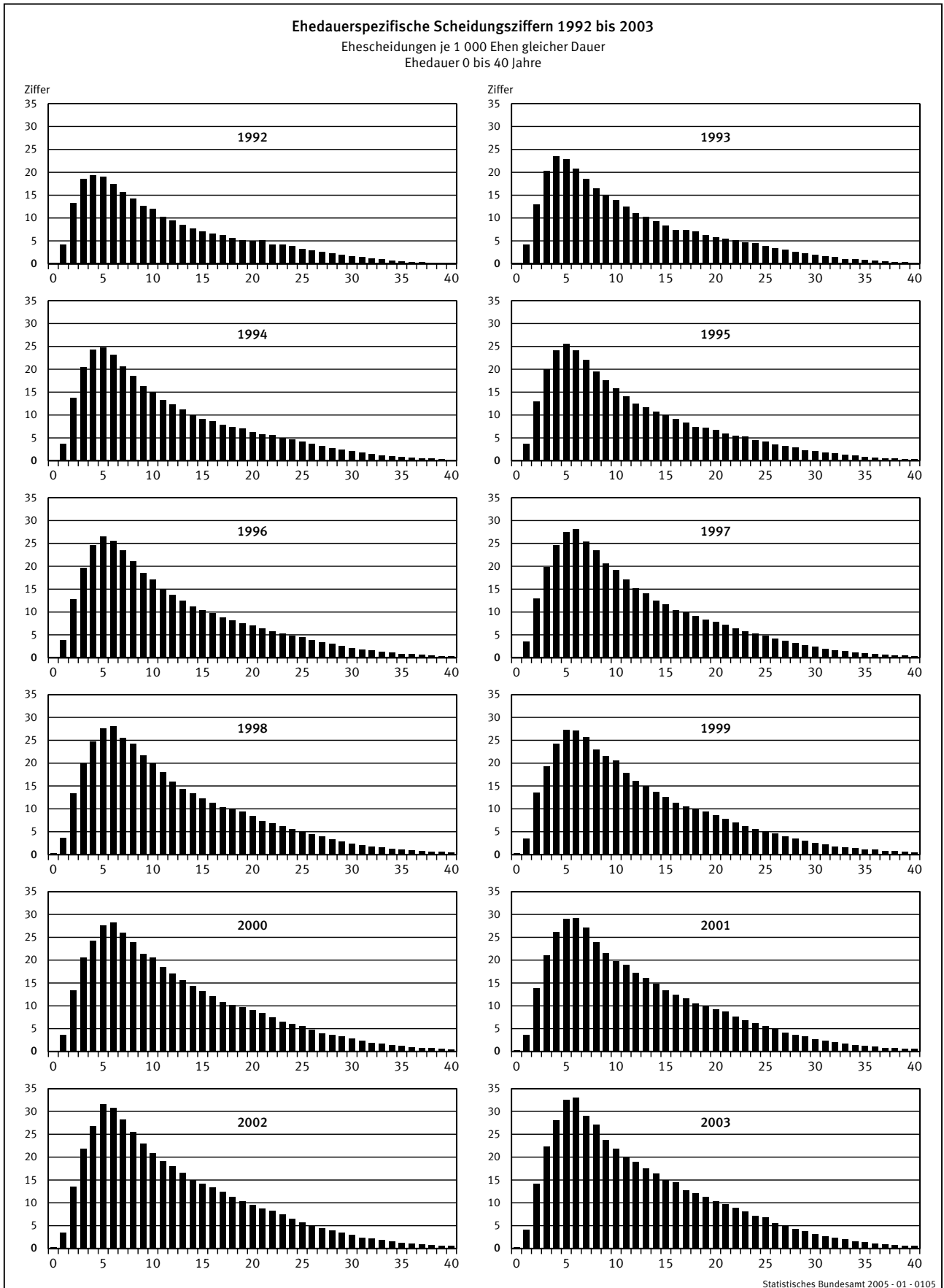
Tabelle 9: Ehescheidungen nach der Ehedauer

Ehedauer ¹⁾	Ehescheidungen						Ehedauerspezifische Scheidungsziffer ²⁾					
	2003			2002			2003			2002		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ³⁾	Neue Länder	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ³⁾	Neue Länder	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ³⁾	Neue Länder	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ³⁾	Neue Länder
0 Jahre	92	87	5	88	86	2	0,2	0,3	0,1	0,2	0,3	0,0
1 Jahr	1 580	1 506	74	1 336	1 267	69	4,0	4,4	1,5	3,4	3,7	1,4
2 Jahre	5 476	5 031	445	5 679	5 243	436	14,1	14,9	8,7	13,6	14,4	8,1
3 Jahre	9 286	8 365	921	9 384	8 540	844	22,2	22,9	17,1	21,8	22,8	15,2
4 Jahre	12 082	10 835	1 247	11 153	10 056	1 097	28,1	28,9	22,5	26,7	27,4	22,0
0 bis 4 Jahre ...	28 516	25 824	2 692	27 640	25 192	2 448	68,6	71,3	50,0	65,7	68,5	46,7
5 Jahre	13 543	12 162	1 381	13 310	12 014	1 296	32,4	33,1	27,7	31,5	32,1	26,9
6 Jahre	13 947	12 487	1 460	13 121	11 798	1 323	33,0	33,3	30,3	30,7	31,2	27,1
7 Jahre	12 409	11 003	1 406	12 118	10 813	1 305	29,0	29,1	28,8	28,1	28,3	26,7
8 Jahre	11 652	10 348	1 304	11 197	10 084	1 113	27,1	27,1	26,7	25,4	25,6	23,7
9 Jahre	10 423	9 362	1 061	10 128	9 144	984	23,7	23,8	22,6	22,9	22,9	22,4
5 bis 9 Jahre ...	61 974	55 362	6 612	59 874	53 853	6 021	145,2	146,4	136,1	138,7	140,1	126,8
10 Jahre	9 649	8 740	909	9 467	8 572	895	21,8	21,9	20,7	20,9	20,9	20,9
11 Jahre	8 994	8 128	866	8 687	7 881	806	19,8	19,8	20,2	19,1	19,3	17,9
12 Jahre	8 619	7 764	855	9 249	7 644	1 605	19,0	19,0	18,9	17,9	18,1	17,2
13 Jahre	9 012	7 499	1 513	8 771	7 070	1 701	17,5	17,7	16,2	16,6	17,2	14,3
14 Jahre	8 654	6 959	1 695	8 021	6 367	1 654	16,3	16,9	14,2	15,0	15,5	13,3
10 bis 14 Jahre ...	44 928	39 090	5 838	44 195	37 534	6 661	94,4	95,4	90,3	89,5	90,9	83,6
15 bis 19 Jahre	33 583	26 738	6 845	31 005	24 566	6 439	65,3	68,7	54,9	61,3	64,3	52,2
20 bis 25 Jahre	24 662	19 818	4 844	22 448	17 883	4 565	50,6	54,3	39,6	46,0	49,4	36,4
0 bis 25 Jahre ...	193 663	166 832	26 831	185 162	159 028	26 134	424,1	436,1	370,9	401,2	413,2	345,6
26 bis 40 Jahre	18 915	15 742	3 173	17 700	14 985	2 715	35,0	38,2	24,6	32,1	35,4	21,3
0 bis 40 Jahre ...	212 578	182 574	30 004	202 862	174 013	28 849	459,1	474,3	395,5	433,3	448,6	367,0
41 Jahre und länger	1 397	1 250	147	1 352	1 213	139
Insgesamt ...	213 975	183 824	30 151	204 214	175 226	28 988

1) Differenz zwischen Eheschließungsjahr und Jahr der Ehescheidung. – 2) Geschiedene Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1 000 geschlossene Ehen desselben Jahrgangs. – 3) Einschl. Berlin-Ost.

4) So wurde zum Beispiel in der Wochenzeitung „Die Zeit“, Ausgabe 43/2003, in der Rubrik „Wissen: Stimmt's?“ von Christoph Drösser die Leserfrage „Das siebte Jahr einer Ehe gilt als verflucht, also als Jahr, in dem es vermehrt zu Beziehungskrisen kommt. Stimmt das?“ behandelt. Weitere Beispiele für das Medieninteresse und das Interesse der Öffentlichkeit an dieser Frage ließen sich leicht anfügen.

Schaubild 4



einer Ehedauer von sechs Jahren. Da nach einer Ehedauer von sechs Jahren das siebte Ehejahr beginnt, hätte es demnach im Hinblick auf die Ehen, die im Jahr 2003 geschieden wurden, tatsächlich ein verflixtes siebtes Jahr gegeben. Hierbei ist aber folgender Zusammenhang zu berücksichtigen: Die in der Ehescheidungsstatistik verfügbare Angabe zur Ehedauer bezieht sich auf die Differenz zwischen dem Eheschließungsjahr und dem Berichtsjahr, in dem das Scheidungsurteil rechtskräftig geworden ist. Zu diesem Zeitpunkt haben aber die allermeisten Paare mindestens 1 Jahr getrennt gelebt (siehe oben). Die eigentlichen Gründe für die jeweilige Scheidung müssen im Hinblick auf die Ehedauer also in der Regel deutlich früher eingetreten sein.

Aus der genaueren Betrachtung der Werte für die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern wird zweierlei deutlich. Welche Ehedauer den höchsten Wert der Scheidungsziffern aufweist, hängt vom Berichtsjahr ab. So wies etwa im Jahr 2002 die Ehedauer „5 Jahre“ den höchsten Wert der ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für Deutschland auf. Die Werte für die benachbarten Ehedauern liegen jeweils sehr nah an dem jahresspezifischen Höchstwert. Im Hinblick auf die generelle Abschätzung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer bietet es sich daher an, den Verlauf der ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für eine Reihe von Berichtsjahren zu betrachten. Darüber hinaus erscheint es auch im Hinblick auf die Frage nach der größten Gefährdung der Ehen durch Ehescheidung im Zeitverlauf angemessener zu sein, anstelle einer einzelnen Ehedauer eine Spanne innerhalb des Zeitverlaufs einer Ehe zu bestimmen, die Auskunft darüber gibt, in welcher zeitlichen Phase einer Ehe das Risiko einer Scheidung besonders hoch ist.

Im Schaubild 4 werden zu diesem Zweck die Verläufe der ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für die Ehedauern 0 bis 40 Jahre für die Berichtsjahre 1992 bis 2003 dargestellt.⁵⁾ Auch wenn es sich um Querschnittsdaten handelt, so lässt sich daraus doch ein generelles Muster, das das Scheidungsrisiko im Verlauf einer Ehe aufweist, erkennen. Das Scheidungsrisiko steigt nach wenigen Ehejahren bis zu einem Maximum schnell an und sinkt dann mit zunehmender Ehedauer allmählich ab. Insgesamt weist der Verlauf des Scheidungsrisikos im Zeitablauf der Ehe in etwa die Form einer Sichel auf. Im Hinblick auf die Entwicklung im Zeitraum von 1992 bis 2003 lässt sich einerseits ersehen, dass das Niveau des jeweiligen Maximums von Berichtsjahr zu Berichtsjahr angestiegen ist. Auf der anderen Seite ist eine leichte Verschiebung des Maximums hin zu einer längeren Ehedauer zu erkennen. Die Ehedauern 3 bis 9 Jahre weisen dabei zusammengenommen die höchsten ehedauerspezifischen Scheidungsziffern auf, wenn man vom schnellen Anstieg der Ziffer bis auf das Niveau bei der Ehedauer 3 Jahre ausgeht und betrachtet, wann dieses Niveau, nachdem das Maximum überschritten wurde, wieder

erreicht ist. Im Hinblick auf das Scheidungsrisiko in Abhängigkeit von der Ehedauer ist allerdings – wie oben ausgeführt – zu berücksichtigen, dass die ganz überwiegende Mehrzahl der Geschiedenen eines Berichtsjahres zum Zeitpunkt der Scheidung zumindest schon ein Jahr getrennt gelebt hat. Demnach dürfte insgesamt gesehen das Risiko geschieden zu werden zwischen dem 3. und 9. Ehejahr am höchsten sein.

Mehr als jede dritte Ehe wird früher oder später geschieden

Neben der Frage nach dem Scheidungsrisiko in Abhängigkeit von der Ehedauer steht im Hinblick auf das Scheidungsgeschehen insgesamt insbesondere die Frage nach dem generellen Risiko für Ehen, durch Gerichtsurteil gelöst zu werden, im Blickpunkt des Interesses. Mit Blick auf die Daten, die der amtlichen Statistik zur Verfügung stehen, kann diesem Informationswunsch aber nur in eingeschränkter Weise Rechnung getragen werden. Dies liegt zunächst in der Natur der Sache selbst. Die Ehe ist ein sozialer Prozess, der an einem fest definierten Zeitpunkt beginnt und durch den Tod des Partners oder durch die gerichtliche Auflösung⁶⁾ der Ehe endet. Im Hinblick auf die zu einem beliebigen Zeitpunkt bestehenden Ehen befindet sich dieser Prozess für in ehelicher Gemeinschaft lebende Paare zeitlich gesehen in sehr verschiedenen Stadien. Die einen haben zum Beispiel gerade erst geheiratet, während die anderen vielleicht schon seit 50 Jahren zusammenleben. Diese Tatsache macht es grundsätzlich schwierig, zu einer befriedigenden Antwort auf die Frage nach dem generellen Scheidungsrisiko zu gelangen, denn diese Antwort hätte auch einen gewissen prognostischen Charakter.

Als Indikator für die Zahl der am Anfang des jeweiligen Berichtsjahres bestehenden Ehen wird in der Scheidungsstatistik jeweils die aus der Bevölkerungsfortschreibung stammende Zahl der am 31.12. des Vorjahres verheirateten Frauen herangezogen, im Hinblick auf das Berichtsjahr 2003 waren das 18,8 Mill. Personen. Diese Größe wird benutzt, weil vollständige Paar-Informationen nicht vorliegen. So ist zum Beispiel für die Gesamtheit der Ehepaare nicht bekannt, wie lange sie verheiratet sind⁷⁾, in welchem Alter sie geheiratet haben und ob sie noch zusammenleben. Des Weiteren ist zum Beispiel auch nicht bekannt, ob die jeweiligen Partner oder einer der Partner bereits vor der bestehenden Ehe verheiratet war(en) oder nicht. Der Bezug der Scheidungen eines Berichtsjahres auf den Bestand der Ehen am Jahresanfang erlaubt aber nur Aussagen über die relative Häufigkeit von Ehescheidungen im Zeitverlauf (siehe auch Tabelle 2). Rückschlüsse auf das Risiko, dass eine Ehe irgendwann einmal mit der Scheidung endet, können hieraus nicht gezogen werden. Trotz der insgesamt gesehen schwierigen Datenlage⁸⁾ wird im Folgenden auf

5) Diese Auswahl der Berichtsjahre erfolgt hier aus Platzgründen, die Argumentation wird durch diese Einschränkung aber nicht beeinflusst.

6) Wie oben ausgeführt müsste genau genommen zwischen der gerichtlichen Ehescheidung und der gerichtlichen Aufhebung der Ehe unterschieden werden, wobei aber die gerichtlichen Aufhebungen von Ehen zahlenmäßig ohne Bedeutung sind.

7) Die im Mikrozensus, der jährlich durchgeführten amtlichen Haushaltsbefragung auf Stichprobenbasis (1% der Haushalte werden befragt) bis zum Berichtsjahr 2004 erhobene Information zum Eheschließungsjahr der Verheirateten kann diese Informationslücke nicht schließen, da die entsprechende Frage nur auf freiwilliger Basis zu beantworten ist und ab der Erhebung 2005 ganz wegfällt.

8) Zum Problem, auf die Frage nach dem generellen Scheidungsrisiko von Ehen eine statistisch befriedigende Antwort zu geben, siehe auch Emmerling, D.: „Ehescheidungen 1998“ in WiSta 12/1999, S. 936 f.

der Grundlage der bis zum aktuellen Berichtsjahr vorliegenden Daten ein Vorschlag für einen Schätzansatz für das mittelfristig geltende „generelle Scheidungsrisiko“ in Deutschland dargestellt.

Um eine mittelfristig geltende Untergrenze für das generelle Scheidungsrisiko von Ehen zu bestimmen, kann der Anteil geschiedener Ehen pro Eheschließungskohorte berechnet werden.⁹⁾ Über die Scheidungshäufigkeit der einzelnen Eheschließungsjahrgänge liegen Informationen für das frühere Bundesgebiet ab 1950 vor.¹⁰⁾ Um die Entwicklung der jeweiligen Häufigkeiten zu betrachten, kann aufgrund der Datenlage je Eheschließungsjahrgang aber nur eine Ehedauer bis zu 25 Jahren herangezogen werden. Der Eheschließungsjahrgang 1980 weist dabei den höchsten prozentualen Anteil der Ehescheidungen auf. Nach einer Ehedauer von nur 23 Jahren waren bereits 32,4% der Ehen dieses Eheschließungsjahrgangs wieder geschieden. Da es mit der Umstellung des Scheidungsrechts vom „Schuldprinzip“ zum „Zerrüttungsprinzip“, die im Jahr 1977 wirksam geworden ist, für die Betroffenen grundsätzlich leichter wurde, sich scheiden zu lassen, lässt sich vermuten, dass sich für die darauf folgenden Eheschließungskohorten ein noch höherer Anteil geschiedener Ehen bis zu einer Ehedauer von 25 Jahren ergeben wird. So zeigt sich etwa, dass von den Ehen, die im Jahr 1990 bundesweit geschlossen wurden, nach einer Ehedauer von nur 13 Jahren schon 26,0% wieder geschieden waren. Der aktuelle Höchstwert des Eheschließungsjahrgangs 1980 lässt sich aus heutiger Sicht demnach als Untergrenze für das generelle Scheidungsrisiko auffassen.

Zu einer Art Obergrenze im Hinblick auf das generelle Scheidungsrisiko führt die Betrachtung der für jedes Berichtsjahr bestimmbaren so genannten Scheidungsintensität. Zur Messung der Scheidungsintensität in einem Berichtsjahr ist es verbreitet, die oben dargestellten ehedauerspezifischen Scheidungsziffern über eine Ehedauer von 25 oder 40 Ehejahren zu kumulieren.¹¹⁾ Üblicherweise wird diese Vorgehensweise als Querschnittsbetrachtung bezeichnet. Im Berichtsjahr 2003 nahm die zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer, berechnet für eine Ehedauer von bis zu 25 Jahren, in der bundesweiten Betrachtung den Wert 424,1 je 1000 geschlossener Ehen derselben Dauer an. Wird die Berechnung auf eine Ehedauer bis zu 40 Jahren ausgedehnt, so ergibt sich ein Wert von 459,1 (siehe Tabelle 9).¹²⁾

Dieser Wert der zusammengefassten ehedauerspezifischen Scheidungsziffer für eine Ehedauer von bis zu 40 Jahren bedeutet nun aber nicht, dass knapp 46% der Ehen, die zwischen 1963 und 2003 geschlossen worden sind, bis 2003 auch wieder geschieden wurden. Die Maßzahl ist vielmehr folgendermaßen zu interpretieren: Würden 100 Ehen

eine Ehedauer von 40 Jahren mit der Scheidungsintensität durchlaufen, die für das Berichtsjahr 2003 gemessen wurde, dann würden 46 dieser Ehen geschieden. Da der Wert der zusammengefassten ehedauerspezifischen Scheidungsziffer als „Querschnittsmaß“ stark durch die jüngeren Eheschließungsjahrgänge beeinflusst ist, zeigt er an, in welche Richtung sich die Scheidungsneigung insgesamt entwickelt. Er lässt sich mithin als eine mittelfristige Obergrenze für das Scheidungsrisiko auffassen.¹³⁾ Die Kohorten- und die Querschnittsbetrachtung führen also im Hinblick auf den Gesamtanteil geschiedener Ehen zu unterschiedlichen Größenordnungen.¹⁴⁾ Aus diesen Ansätzen lässt sich – aufgrund der jeweils damit verbundenen Restriktionen – im Hinblick auf die Abschätzung des generellen Scheidungsrisikos kein exakter Wert direkt ableiten. Wird aber dem Vorschlag gefolgt, die jeweils ermittelten Werte im Hinblick auf das generelle Scheidungsrisiko als mittelfristige Unter- bzw. Obergrenze aufzufassen, so erscheint es plausibel davon auszugehen, dass sich die Höhe des Risikos der Ehelösung durch Scheidung in Deutschland mittelfristig zwischen diesen Werten bewegt. Demnach muss aus heutiger Sicht damit gerechnet werden, dass in Deutschland mehr als ein Drittel aller Ehen früher oder später geschieden wird. [uu](#)

9) Wie viele Ehepartner einer Eheschließungskohorte im jeweiligen Kalenderjahr der registrierten Scheidungen in Deutschland lebten bzw. wie viele Ehepartner mit gleichem Eheschließungsjahr inzwischen zugezogen sind, ist nicht bekannt. Daher ist auch das Ergebnis der Berechnung des Anteils geschiedener Ehen pro Eheschließungskohorte eine Näherung.

10) Ab 1995 einschließlich Berlin-Ost. Für Deutschland sind Angaben erst ab 1990 verfügbar.

11) Siehe zum Beispiel Dorbritz, J.: „Neues Scheidungshoch in Westdeutschland“ in BiB-Mitteilungen 3/1999, S. 14 ff.

12) Da es hier um eine Abschätzung des generellen Scheidungsrisikos geht, wird bei den Überlegungen auf eine West-Ost-Unterscheidung verzichtet und der Blick nur auf Deutschland insgesamt gerichtet.

13) Dies lässt sich insbesondere auch darum vertreten, weil innerhalb Europas in den skandinavischen Ländern bereits ein entsprechendes Scheidungsniveau existiert. Siehe hierzu Dorbritz, J.: „Nichts ist für die Ewigkeit. Ehescheidungen in Deutschland und im europäischen Vergleich“ in BiB-Mitteilungen 3/2002, S. 15 ff.

14) Zur Charakteristik der verwendeten Kennziffern und zur Frage, warum sie voneinander abweichende Ergebnisse liefern, siehe Dorbritz, J., Fußnote 13.

Dr. Hartmut Höh

Strukturentwicklung des Baugewerbes und Bedeutung kleinerer Unternehmen

Die Entwicklung struktureller Kennzahlen für das Baugewerbe in Deutschland war bislang nur anhand statistischer Ergebnisse für die größeren Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten darstellbar, da die kleineren Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nicht zum Berichtskreis der amtlichen Strukturerhebungen gehörten. Mit der 2002 in Kraft getretenen Neufassung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe¹⁾ wurden auch die kleineren Bauunternehmen in die strukturelle Berichterstattung einbezogen. Damit wurde eine bisher bestehende wesentliche Datenlücke geschlossen.

Im folgenden Beitrag wird zunächst die langfristige Entwicklung des Baugewerbes seit 1995 anhand der Ergebnisse der jährlichen Kostenstruktur- und Investitionsstatistiken bei größeren Unternehmen aufgezeigt. Anschließend folgt die Darstellung von Ergebnissen für kleinere Bauunternehmen aus der Strukturerhebung 2002. Der darauf aufbauende Vergleich ökonomischer Kennziffern für das gesamte Baugewerbe nach Beschäftigtengrößenklassen zeigt in einer Querschnittsbetrachtung den Beitrag und die ökonomische Bedeutung der kleineren Unternehmen in dieser Branche.

1 Entwicklung bei Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

1.1 Unternehmen und Beschäftigung

Zwischen 1995 und 2003 nahm die Zahl der Bauunternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr um über 40%

von knapp 25 000 auf gut 14 000 Einheiten ab. Von der Schrumpfung war das Bauhauptgewerbe, das aus den Zweigen „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“ besteht, stärker betroffen (– 47%) als das Ausbaugewerbe (– 36%). Dadurch ist der Anteil der Unternehmen im Bauhauptgewerbe an der gesamten Branche von 57% (1995) auf 53% (2003) gesunken.

Tabelle 1: Zahl der Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten und ihre Beschäftigten im Baugewerbe

Jahr	Unternehmen			Beschäftigte		
	insgesamt	Bauhauptgewerbe	Ausbaugewerbe	insgesamt	Bauhauptgewerbe	Ausbaugewerbe
	Anzahl			1 000		
1995	24 738	14 181	10 557	1 486,3	999,4	486,8
1996	24 848	13 480	11 368	1 403,1	899,9	503,2
1997	22 570	12 588	9 982	1 259,7	809,2	450,5
1998 ¹⁾	21 642	11 836	9 806	1 176,7	741,8	434,9
1999	20 639	11 396	9 243	1 126,6	713,8	412,8
2000	19 208	10 489	8 719	1 029,6	644,4	385,2
2001	17 047	9 105	7 942	907,9	560,9	347,0
2002	15 264	8 038	7 226	808,5	493,5	315,1
2003 ²⁾	14 203	7 495	6 708	743,5	454,7	288,8

1) Für Hamburg Ergebnisse aus dem Jahr 1997. – 2) Vorläufiges Ergebnis.

Noch drastischer stellt sich der Rückgang der Beschäftigung im Baugewerbe dar: Die Zahl der Beschäftigten hat sich von 1995 bis 2003 von knapp 1,5 Mill. auf rund 740 000 Beschäftigte halbiert. Vor drei Jahren waren es noch deutlich über 1 Mill. Beschäftigte, sodass den Unternehmen des Baugewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr zwischen

1) Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181).

Dipl.-Ökonom Sven C. Kaumanns

Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen

Der Dienstleistungssektor ist in den vergangenen Jahren vielfach als eine der am schnellsten wachsenden Branchen dargestellt worden. Ob dieses tatsächlich zum Großteil aus einem vermehrten Angebot und einer größeren Nachfrage nach den Produkten dieser Branche resultiert oder lediglich durch Outsourcing und vermehrte Spezialisierung von Unternehmen hervorgerufen wurde, soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Die zunehmende Anzahl der Unternehmen, die ihren Schwerpunkt im Dienstleistungsbereich haben, ist bisher statistisch kaum erfasst worden. Daher konnten von Seiten der amtlichen Statistik bisher auch keine Angaben zur konjunkturellen Entwicklung in großen Teilen des Dienstleistungsbereiches gemacht werden. Dieses ändert sich jedoch sukzessive durch die Einführung der Konjunkturberichterstattung in bestimmten Dienstleistungsbereichen, die seit dem ersten Vierteljahr 2003, zunächst befristet auf drei Jahre, als Primärerhebung durchgeführt wird. Anfangs ist es lediglich möglich, neben absoluten Werten der erfassten Merkmale einfache Veränderungsraten zu berechnen und zu veröffentlichen, die aufgrund unterschiedlichster Einflüsse jedoch nicht direkt als Konjunkturaussagen interpretiert werden sollten. Mittel- und langfristig wird sich dieses natürlich ändern, da es mit einer hinreichend langen Zeitreihe an erfassten Perioden möglich sein wird, saisonale und arbeitstägliche Effekte zu kompensieren, um dann auch besser interpretierbare Messziffern veröffentlichen zu können, die gute Indikatoren für die Abbildung der konjunkturellen Veränderungen bilden.

Europäische Zielsetzungen

Grundlage für die europäische Konjunkturberichterstattung in bestimmten Dienstleistungsbereichen ist die Verordnung (EG) 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken¹⁾ – und hierbei insbesondere der Anhang D „Andere Dienstleistungen“, der sich unter anderem auch mit dem Abschnitt I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) und den Abteilungen 72 (Datenbanken und Datenverarbeitung) und 74 (unternehmensbezogene Dienstleistungen) der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE)²⁾ befasst. Der allgemeine Zweck der Verordnung über Konjunkturstatistiken besteht in der Verpflichtung der Mitgliedstaaten, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) vergleichbare statistische Daten über die konjunkturelle Entwicklung der Unternehmen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften zu liefern. Harmonisierte Konjunkturindikatoren der Gemeinschaft waren lange Zeit nur für einen begrenzten Teil der Unternehmen verfügbar, nämlich für die traditionellen Wirtschaftszweige wie das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe und die Energie- und Wasserversorgung. Die Dienstleistungszweige sind in den Mitgliedstaaten hingegen nur unvollständig und wenn, dann in nicht harmonisierter Form erfasst worden. Die Vergleichbarkeit der daraus hervorgegangenen Ergebnisse – soweit überhaupt welche vorlagen – wurde dadurch auf Gemeinschafts-

1) Veröffentlicht im Amtsbl. der EG Nr. L 162 vom 10. Januar 2002, S. 1.

2) Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 29/2002 der Kommission vom 19. Dezember 2001 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (Amtsbl. der EG Nr. L 6 vom 10. Januar 2002, S. 3).

Dipl.-Volkswirt Heiko Pfaff und Mitarbeiterinnen

Behinderung und Einkommen

Ergebnis des Mikrozensus 2003

In diesem Beitrag wird anhand des Ergebnisses des Mikrozensus 2003 die Einkommenssituation der behinderten Menschen dargestellt. Zum Vergleich werden dabei die entsprechenden Einkommensdaten nichtbehinderter Menschen herangezogen.

Bei einem Vergleich der Haushaltsnettoeinkommen insgesamt nach der Haushaltsgröße zeigt sich, dass nicht-behinderte Menschen etwas häufiger in den höchsten Einkommensklassen vertreten waren als die behinderten Menschen. Zunächst etwas überraschend ist hingegen, dass die nichtbehinderten Menschen jedoch auch häufiger niedrige Einkommen aufwiesen als die behinderten Menschen. Diese Unterschiede sind zum Teil durch die deutlich ältere Altersstruktur bei den Behinderten bedingt. In den Altersgruppen ab 65 Jahren wurden generell weniger Niedrigeinkommen erzielt, allerdings auch weniger hohe Einkommen.

Führt man – um den genannten Alterseffekt zu bereinigen – ausführlichere Vergleiche zwischen behinderten und nicht-behinderten Menschen nach Haushaltsgröße und zusätzlich nach Altersgruppen durch, ergibt sich im Niedrigeinkommensbereich ein anderes Bild: Nach dem Ergebnis ist die Einkommenssituation bei den 25- bis etwa unter 60-jährigen behinderten Menschen zum Teil deutlich schlechter als die der nichtbehinderten Menschen.

Zwischen behinderten Frauen und behinderten Männern zeigen sich in der Regel bei den Haushaltsnettoeinkom-

men nur relativ geringe Unterschiede. Allerdings erzielen die behinderten Frauen – bedingt auch durch ihre geringere Erwerbsbeteiligung – deutlich niedrigere persönliche Einkommen als die behinderten Männer.

Behinderte und nichtbehinderte Menschen – ein Vergleich der Einkommenssituation

Durch den Mikrozensus im Mai 2003 wurden unter anderem wichtige Strukturdaten über die Lebenssituation von behinderten Menschen gewonnen. Nachdem in einem früheren Beitrag in dieser Zeitschrift bereits Daten über die soziale Situation der behinderten Menschen¹⁾ dargestellt wurden, geht dieser Bericht auf die Einkommen ein. Dabei werden – zur Orientierung – die Ergebnisse für die behinderten und nichtbehinderten Menschen einander gegenübergestellt.

Der Mikrozensus – die EU-weit größte Haushaltsbefragung – ist eine Mehrzweckstichprobe, die ausführliche Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung liefert. Daten zur Behinderung werden das nächste Mal im Mikrozensus 2005 gewonnen. Die Beantwortung der Fragen zur Behinderung ist dabei freiwillig. Im Mikrozensus 2003 haben 85% der Befragten Angaben zur Behinderung gemacht. Dies bietet eine gute Basis für die Auswertungen und zusätzlichen Hochrechnungen.²⁾

1) Siehe Pfaff, H.: „Lebenslagen der behinderten Menschen“ in WiSta 10/2004, S. 1181 ff.

2) Eine Antwortquote von annähernd 85% war in fast allen Untergruppen feststellbar. In den Heimen und Anstalten war die Antwortquote hingegen mit 44% deutlich niedriger. Die Gruppe der Heim- und Anstaltsbewohner wird allerdings in diesem Bericht über die Einkommenssituation nicht betrachtet.

Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Thomas Haustein und Mitarbeiterinnen

Wohngeld in Deutschland 2003

Ergebnisse der Wohngeldstatistik

Zum Jahresende 2003 bezogen rund 3,4 Mill. Haushalte in Deutschland Wohngeld, dies waren 8,7% aller privaten Haushalte. Knapp zwei Drittel der Empfängerhaushalte (2,2 Mill.) erhielten Ende 2003 als Mieter oder Wohnraumeigentümer die herkömmliche Form der Wohngeldgewährung, das heißt das allgemeine Wohngeld (davon waren rund 93% sog. Mietzuschussempfänger und nur rund 7% als Eigentümer sog. Lastenzuschussempfänger). Etwas mehr als ein Drittel der Wohngeld-Empfängerhaushalte (1,2 Mill.) erhielt das Wohngeld als Bezieher von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge in Form des besonderen Mietzuschusses.

Die Gesamtausgaben für das Wohngeld beliefen sich im Berichtsjahr 2003 auf knapp 4,9 Mrd. Euro, davon entfielen rund 2,9 Mrd. Euro auf das allgemeine Wohngeld und rund 1,9 Mrd. Euro auf den besonderen Mietzuschuss. Im Durchschnitt hatte ein Empfängerhaushalt Ende 2003 einen monatlichen Wohngeldanspruch von 129 Euro. Bei den Empfängern von besonderem Mietzuschuss (169 Euro) wurden höhere Wohngeldansprüche festgestellt als bei den Empfängern von allgemeinem Wohngeld (108 Euro).

1 Aufgabe und Ausgestaltung der Wohngeldförderung

Wohngeld ist ein von Bund und Ländern getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Es wird Mietern und Eigentümern gezahlt, wenn die Höhe ihrer Miete oder Belastung für angemessen großen Wohnraum die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihres Haushaltes überfordert.

Bei der Wohngeldgewährung ist grundsätzlich zwischen dem *allgemeinen Wohngeld* und dem *besonderen Miet-*

zuschuss zu unterscheiden. Beim allgemeinen Wohngeld handelt es sich um die herkömmliche Form der Wohngeldgewährung; es wird entweder als *Mietzuschuss* für Mieter oder als *Lastenzuschuss* für Haus- und Wohnungseigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung und ergibt sich im Einzelfall letztendlich aus den Wohngeldtabellen. Deshalb bezeichnete man das allgemeine Wohngeld früher auch als „Tabellenwohngeld“.

Beim besonderen Mietzuschuss handelt es sich um Wohngeld für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge. Bis zum Jahr 2000 wurde es diesen Mietern unter bestimmten Voraussetzungen als „pauschaliertes Wohngeld“ zusammen mit der Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge, auf die es angerechnet wurde, als Pauschale gewährt. Die Höhe dieser Pauschale bestimmte sich nach landesspezifischen Prozentsätzen der anerkannten Aufwendungen für die Unterkunft. Seit Anfang des Jahres 2001 ergibt sich der besondere Mietzuschuss in seiner Höhe ebenfalls aus den Wohngeldtabellen. Er wird im Übrigen nur Mietern gewährt und entspricht insofern dem Mietzuschuss beim allgemeinen Wohngeld. Haus- und Wohnungseigentümer sowie Heimbewohner haben grundsätzlich keinen Anspruch auf besonderen Mietzuschuss; sie können jedoch allgemeines Wohngeld beantragen. Der gleichzeitige Bezug von allgemeinem Wohngeld und besonderem Mietzuschuss ist ausgeschlossen. Die Einführung des pauschalierten Wohngeldes im früheren Bundesgebiet zum 1. April 1991 führte seinerzeit zu einer Zweiteilung des statistischen Berichtssystems. Seitdem ist eine geschlossene Gesamtdarstellung der Wohngelddaten nur für die Teil-

bereiche möglich, in denen sich die Erhebungsmerkmale beim besonderen Mietzuschuss mit denen beim allgemeinen Wohngeld decken.

Im früheren Bundesgebiet gibt es das Wohngeld seit 1965. Seitdem ist es im Rahmen von Wohngeldnovellen periodisch an die Miet- und Einkommensentwicklung angepasst worden. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurde das Wohngeld 1991 eingeführt. Zur sozialen Flankierung der Mietenüberleitung an das Vergleichsmietensystem gab es für die neuen Bundesländer von 1991 bis Ende 1996 wohngeldrechtliche Sondervorschriften¹⁾ (Wohngeldsondergesetz). Nach dem Auslaufen des Wohngeldsondergesetzes zum 31. Dezember 1996 ist seit dem 1. Januar 1997 das Wohngeldgesetz einheitliche Grundlage für die Wohngeldbewilligung im gesamten Bundesgebiet.²⁾ Allerdings waren in den neuen Bundesländern noch bis Ende 2000 einzelne Sonderregelungen in Kraft, die bewirkten, dass Wohngeldempfänger dort ein höheres Wohngeld erhielten als Empfänger mit gleichen Einkommen und Wohnkosten in den alten Bundesländern.³⁾ Mit der neuesten Wohngeldreform, die im Wesentlichen zum 1. Januar 2001 in Kraft trat⁴⁾, erfolgte erstmals seit 1990 wieder eine allgemeine Leistungsanpassung unter Berücksichtigung der Mieten- und Einkommensentwicklung in den vergangenen zehn Jahren, und zwar durch die Anhebung der Miethöchstbeträge, die Anhebung der Werte in den Wohngeldtabellen sowie die Anhebung der Einkommensgrenzen. Ferner wurden mit der Änderung des Wohngeldgesetzes insbesondere folgende Ziele verfolgt:⁵⁾

- familienfreundliche Verbesserungen der Leistungen für Empfänger allgemeinen Wohngeldes (des bisherigen Tabellenwohngeldes);
- Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen dem besonderen Mietzuschuss für Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgeempfänger (dem bisherigen pauschalierten Wohngeld) und dem allgemeinen Wohngeld;
- endgültige Vereinheitlichung des Wohngeldrechts in den alten und den neuen Bundesländern und Schaffung der Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Mietenstufenzuordnung;
- Anpassung der Vorschriften über die Einkommensentwicklung beim allgemeinen Wohngeld an das Wohnungsbaurecht sowie weitere Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen;
- Umstellung des Wohngeldes auf den Euro zum 1. Januar 2002.

Beim Vergleich der Entwicklung der Zahlen für die alten und die neuen Bundesländer ist zu beachten, dass ab dem Berichtsjahr 2002 keine Unterscheidung mehr zwischen Berlin-West und Berlin-Ost möglich ist. Die Werte für Berlin insgesamt sind nun bei den Werten für das frühere Bundesgebiet enthalten.

2 Ergebnisse der Wohngeldstatistik für Deutschland 2003

Zahl der Haushalte mit Wohngeldbezug

Am 31. Dezember 2003 bezogen knapp 3,4 Mill. Haushalte in Deutschland Wohngeld, dies waren 8,7% aller Privathaushalte (siehe die Tabellen 1 und 6). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Empfängerhaushalte um 9,3% gestiegen. Im früheren Bundesgebiet mit Berlin erhielten zum Jahresende 2003 knapp 2,6 Mill. Haushalte (+ 10,5%) Wohngeld, das waren 8,0% der privaten Haushalte. In den neuen Bundesländern (ohne Berlin) bezogen Ende 2003 rund 800 000 Haushalte Wohngeld (12,4% aller Privathaushalte), dies war ein Zuwachs von 5,6% gegenüber dem Vorjahr.

Eine differenzierte Betrachtung der beiden eingangs genannten Wohngeldarten zum Jahresende 2003 ergibt folgendes Bild: Im Vergleich zu 2002 erhöhte sich in Deutschland die Zahl der Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld um 13,6%, während die Zahl der Empfängerhaushalte von besonderem Mietzuschuss im Vergleich zum Vorjahr nur um 1,9% stieg. Im früheren Bundesgebiet mit Berlin stieg die Zahl der Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld 2003 im Vergleich zum Vorjahr um 17,2%, die Zahl der Empfängerhaushalte von besonderem Mietzuschuss um 1,6%. In den neuen Ländern ohne Berlin war bei der Zahl der Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld ein Anstieg um 5,9% zu beobachten; die Zahl der Empfängerhaushalte von besonderem Mietzuschuss stieg dort um 4,3%.

Als Ursachen für die deutliche Steigerung der Empfängerzahlen beim allgemeinen Wohngeld sind insbesondere zwei Faktoren zu nennen:

- Zum einen dürfte die im Jahr 2003 weiterhin schlechter gewordene Arbeitsmarktlage zu einer generell höheren Inanspruchnahme von Wohngeldleistungen geführt haben. Während im Jahresdurchschnitt 2002 die Arbeitslosenquote 10,8% betrug, lag sie im Jahresdurchschnitt 2003 bei 11,6%.⁶⁾
- Zum anderen hat das zum 1. Januar 2003 in Kraft getretene „Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (GSiG)⁷⁾

1) Siehe hierzu Seewald, H.: „Wohngeld in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1996“ in WiSta 1/1998, S. 40 ff.

2) Die Anpassung erfolgte durch das Wohngeldüberleitungsgesetz vom 21. November 1996 (BGBl. I S. 1781); siehe hierzu „Wohngeld- und Mietenbericht 1997“ (Bundestags-Drucksache 13/10384 vom 31. März 1998), S. 42 f.

3) Insbesondere sind hier die vergleichsweise hohen Miet-Höchstbeträge in den neuen Ländern zu nennen; die Geltungsdauer der im Beitrittsgebiet anzuwendenden Sonderregelungen wurde durch die Wohngeldüberleitungs-Verlängerungsverordnung vom 27. Juli 1998 (BGBl. I S. 1911), bis zum Ablauf des 31. Dezember 2000 verlängert.

4) Siehe „Wohngeld- und Mietenbericht 2002“ (Bundestags-Drucksache 15/2200 vom 11. Dezember 2003), S. 23 ff.

5) Siehe hierzu Hartmann, I.: „Änderungen des Wohngeldrechts in den Jahren 2000 bis 2002“ in Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 2000, Heft 28, S. 2000 f.

6) Quelle: Angaben der Bundesagentur für Arbeit; Arbeitslosenquote bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

7) Vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1310, 1335).

zur Steigerung der Empfängerzahlen beim allgemeinen Wohngeld beigetragen. Dieses neue Sozialleistungsgesetz sieht für über 65-Jährige sowie für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren eine eigenständige Leistung vor, die – wie die Sozialhilfe – den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellen soll. Empfänger von Leistungen nach dem SöIG haben in der Regel Anspruch auf allgemeines Wohngeld. Viele Grundsicherungsempfänger hatten bis Ende 2002 als Sozialhilfebezieher noch Anspruch auf besonderen Mietzuschuss.

Tabelle 1: Empfängerhaushalte von Wohngeld am Jahresende und jährliche Wohngeldausgaben

Jahr	Empfängerhaushalte am Jahresende			Jährliche Wohngeldausgaben ¹⁾		
	insgesamt	allgemeines Wohngeld ²⁾	besonderer Mietzuschuss ³⁾	insgesamt	allgemeines Wohngeld ²⁾	besonderer Mietzuschuss ³⁾
	1 000			Mill. EUR		
Deutschland						
1991	3 541	3 023	518	2 326	.	.
1992	3 850	3 078	772	3 515	.	.
1993	3 212	2 340	872	3 315	.	.
1994	2 744	1 755	989	2 954	.	.
1995	2 595	1 523	1 072	2 938	.	.
1996	2 719	1 495	1 224	3 127	.	.
1997	2 861	1 582	1 279	3 428	.	.
1998	2 947	1 586	1 361	3 635	.	.
1999	2 816	1 539	1 276	3 629	1 680	1 949
2000	2 839	1 498	1 342	3 541	1 619	1 922
2001	2 820	1 829	992	4 056	2 182	1 875
2002	3 101	1 960	1 141	4 544	2 564	1 981
2003	3 389	2 226	1 163	4 859	2 943	1 916
Früheres Bundesgebiet						
1991	1 757	1 285	472	1 946	.	.
1992	1 847	1 127	720	1 947	1 102	844
1993	1 844	1 026	818	1 961	922	1 040
1994	1 902	980	923	2 085	893	1 192
1995	1 938	942	996	2 288	880	1 408
1996	2 091	954	1 137	2 470	916	1 554
1997	2 141	976	1 165	2 711	998	1 713
1998	2 206	977	1 229	2 817	1 026	1 791
1999	2 074	937	1 137	2 771	1 001	1 770
2000	2 073	891	1 182	2 678	949	1 729
2001	1 989	1 144	845	3 081	1 440	1 641
Früheres Bundesgebiet mit Berlin						
2002	2 341	1 329	1 012	3 648	1 864	1 784
2003	2 587	1 559	1 028	3 904	2 197	1 706
Neue Länder und Berlin-Ost						
1991	1 784	1 738	46	380	.	.
1992	2 003	1 951	52	1 568	.	.
1993	1 369	1 315	54	1 354	.	.
1994	842	776	66	868	.	.
1995	657	582	75	650	.	.
1996	628	540	88	656	.	.
1997	720	606	114	717	.	.
1998	741	609	132	818	.	.
1999	742	603	139	858	679	179
2000	766	607	160	863	671	192
2001	831	684	147	976	742	234
Neue Länder ohne Berlin						
2002	760	631	129	896	699	197
2003	803	668	135	956	746	210

1) Aufteilung der Wohngeldausgaben für den besonderen Mietzuschuss und das allgemeine Wohngeld in den neuen Ländern und Berlin-Ost war von 1991 bis 1998 nicht möglich. – Quelle für die neuen Länder und Berlin-Ost für die Jahre 1992 bis 1996: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. – 2) Bis 2000 so genanntes Tabellenwohngeld. – 3) Bis 2000 so genanntes pauschaliertes Wohngeld.

Wohngeldausgaben

Die Gesamtausgaben für das Wohngeld beliefen sich im Berichtsjahr 2003 bundesweit auf 4,9 Mrd. Euro; im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Ausgaben um 6,9%. Dabei entfielen 2,9 Mrd. Euro (+ 14,8% gegenüber 2002) auf das allgemeine Wohngeld und 1,9 Mrd. Euro (– 3,2% gegenüber 2002) auf den besonderen Mietzuschuss (siehe Tabelle 1).

Im früheren Bundesgebiet mit Berlin stiegen die Wohngeldausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 7,0% auf nunmehr 3,9 Mrd. Euro, wobei die Ausgaben für das allgemeine Wohngeld mit knapp 2,2 Mrd. Euro nur relativ geringfügig über den Ausgaben für den besonderen Mietzuschuss (1,7 Mrd. Euro) liegen. In den neuen Ländern ohne Berlin erhöhten sich die Wohngeldausgaben im Vergleich zu 2002 um 6,7% auf knapp 1,0 Mrd. Euro. Allerdings schlugen im Osten die Ausgaben für das allgemeine Wohngeld mit 746 Mill. Euro weitaus stärker zu Buche als die Ausgaben für den besonderen Mietzuschuss mit 210 Mill. Euro.

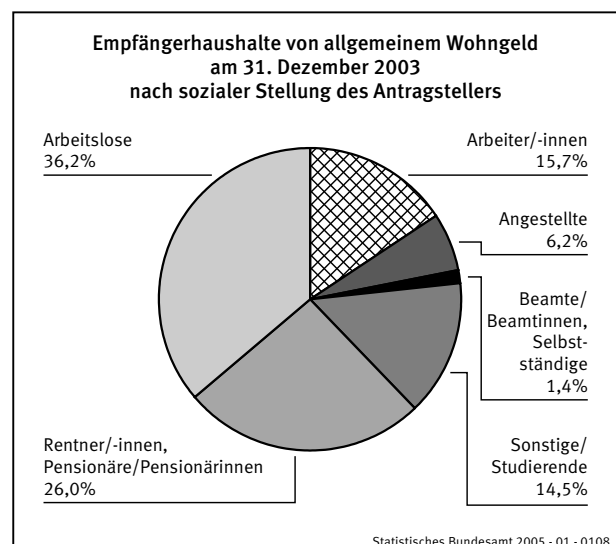
2.1 Haushalte mit Bezug von allgemeinem Wohngeld

Personenkreis

Von den 2,2 Mill. Empfängerhaushalten von allgemeinem Wohngeld am Jahresende 2003 bekamen knapp 2,1 Mill. Haushalte einen Mietzuschuss und nur gut 0,1 Mill. einen Lastenzuschuss. Das Wohngeld kommt also in erster Linie den Mietern zugute.

Wie Schaubild 1 zeigt, war Ende 2003 mehr als ein Drittel der Empfänger (36,2% der Fälle) arbeitslos. Am Jahresende 1991 hatte der Anteil der Arbeitslosen an den Wohngeldbeziehern 13,1% betragen; Ende 2002 lag der Anteil bei 35,1%. Aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätig waren in Deutschland 40,5% der Empfänger; überwiegend handelte es sich hier um Rentner/-innen, Studierende sowie sonstige Nichterwerbspersonen. 1991 lag deren Anteil an allen Empfängerhaushalten von allgemeinem Wohngeld mit 54,9%

Schaubild 1



noch wesentlich höher. Einer beruflichen Tätigkeit gingen 23,3% der Wohngeldempfänger nach (Vergleichswert für 1991: 32,1%).

Das allgemeine Wohngeld in Form eines Mietzuschusses wird zum größten Teil (71,9%) an Ein- und Zweipersonenhaushalte gezahlt, wobei bereits mehr als die Hälfte der Mietzuschussempfänger (53,3%) allein lebt. Bei den Lastenzuschussempfängern handelt es sich dagegen mehrheitlich (50,2%) um größere Familien mit vier oder mehr Personen (siehe Tabelle 2). Insgesamt haben sich die Größenstrukturen der Haushalte mit Wohngeldbezug gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.

Wohnsituation

Da die Höhe des allgemeinen Wohngeldes u. a. von der Größe der Wohnung und von der Heizungsart abhängt, werden auch die entsprechenden Angaben hierüber statistisch erfasst und können zur Beschreibung der Wohnsituation der Wohngeldempfänger herangezogen werden. Die überwiegende Mehrzahl der Bezieher von allgemeinem Wohngeld (94,4%) lebte Ende 2003 in Wohnungen, die mit Sammelheizung und Bad (oder Duschaum) ausgestattet waren. 21,2% der allgemeinen Wohngeld beziehenden Mieterhaushalte in Deutschland hatten eine Wohnfläche von weniger als 40 m² zur Verfügung, über eine Fläche von 40 bis unter 80 m² verfügten 61,9% dieser Haushalte und 16,9% über eine Fläche von mehr als 80 m² (siehe Tabelle 2). Die Wohnflächenversorgung variiert natürlich in erster Linie mit der Haushaltsgröße.

Wohnkosten

Die Höhe der Miete bzw. der Belastung sind zentrale Größen bei der Festlegung des Wohngeldes. Zur zuschussfähigen Miete gehören auch bestimmte Umlagen, Zuschläge und Vergütungen, zum Beispiel die Kosten des Wasserverbrauchs, der Abwasser- und Müllbeseitigung, der Treppenhausbeleuchtung u. Ä. Außer Betracht bleiben dagegen die Heizungs- und Warmwasserkosten, weswegen hier zuweilen auch von der „Bruttokaltmiete“ gesprochen wird. Zur Belastung bei den Eigentümerhaushalten zählen der Kapitaldienst (Zinsen, Tilgung) sowie die Aufwendungen für die Bewirtschaftung, zu denen Instandhaltungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten zu rechnen sind.

Die durchschnittliche monatliche Miete bzw. Belastung der Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld belief sich im Dezember 2003 auf 5,57 Euro je m² Wohnfläche (Vorjahr: 5,50 Euro). In den alten Bundesländern stiegen die durchschnittlichen Wohnkosten je m² von 5,70 Euro auf 5,75 Euro, in den neuen Bundesländern von 5,02 Euro auf 5,07 Euro. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 0,9% in den alten Bundesländern und von 1,0% in den neuen Bundesländern.

Während die durchschnittliche Quadratmetermiete der Mietzuschussempfänger 5,66 Euro je m² betrug, zahlten Lastenzuschussempfänger im Durchschnitt 4,23 Euro je m². Für besser ausgestattete Wohnungen (mit Sammelheizung und mit Bad bzw. Duschaum) musste deutlich mehr bezahlt

Tabelle 2: Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 2003 nach Haushaltsgröße, Mietenstufe der Gemeinde, Größe und Ausstattung der Wohnung

Gegenstand der Nachweisung	Empfängerhaushalte von Wohngeld insgesamt		Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld						Empfängerhaushalte von besonderem Mietzuschuss	
			zusammen		Mietzuschuss		Lastenzuschuss			
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	3 389,4	100	2 226,1	100	2 078,9	100	147,2	100	1 163,3	100
nach der Haushaltsgröße										
Haushalte										
von allein Stehenden	1 644	48,5	1 141	51,2	1 108	53,3	32	22,0	503	43,3
mit 2 Familienmitgliedern	711	21,0	408	18,3	387	18,6	21	14,5	303	26,0
mit 3 Familienmitgliedern	447	13,2	254	11,4	235	11,3	19	13,2	193	16,6
mit 4 Familienmitgliedern	333	9,8	233	10,5	200	9,6	33	22,7	99	8,5
mit 5 Familienmitgliedern	155	4,6	115	5,2	93	4,5	22	14,8	40	3,4
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	100	3,0	74	3,3	56	2,7	19	12,7	26	2,2
nach der Mietenstufe der Gemeinde ¹⁾										
I (unter – 15)	245	7,2	182	8,2	147	7,1	34	23,2	63	5,4
II (– 15 bis unter – 5)	717	21,2	548	24,6	489	23,5	58	39,7	170	14,6
III (– 5 bis unter 5)	1 079	31,8	740	33,2	705	33,9	34	23,3	339	29,2
IV (5 bis unter 15)	801	23,6	461	20,7	448	21,5	13	9,2	339	29,2
V (5 bis unter 25)	419	12,4	231	10,4	225	10,8	5	3,7	188	16,2
VI (25 und mehr)	129	3,8	65	2,9	64	3,1	1	1,0	64	5,5
nach der Wohnfläche										
von ... bis unter ... m ²										
unter 40	639	18,9	443	19,9	441	21,2	1	0,8	197	16,9
40 – 60	1 156	34,1	741	33,3	734	35,3	7	4,9	415	35,7
60 – 80	939	27,7	570	25,6	552	26,6	18	12,0	369	31,7
80 – 100	393	11,6	262	11,8	235	11,3	27	18,5	131	11,3
100 – 120	142	4,2	108	4,9	75	3,6	33	22,7	34	3,0
120 und mehr	119	3,5	102	4,6	42	2,0	60	41,1	17	1,4
nach der Ausstattung der Wohnung										
Kategorie A ²⁾	3 182	93,9	2 102	94,4	1 966	94,6	136	92,5	1 080	92,8
Kategorie B ³⁾	208	6,1	124	5,6	113	5,4	11	7,5	83	7,2

1) Die Angaben zu den Mietenstufen I – VI in den Klammern beziehen sich jeweils auf die Abweichung des örtlichen Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt in %. – 2) Mit Sammelheizung und mit Bad (Duschaum). – 3) Mit sonstiger Ausstattung.

werden als für die übrigen Wohnungen. So zahlte ein Empfänger von allgemeinem Wohngeld im Durchschnitt für eine besser ausgestattete Wohnung 5,50 Euro je m² und für eine der übrigen Wohnungen 4,68 Euro je m² (siehe Tabelle 3). Darüber hinaus verteuerten sich die Quadratmetermieten mit abnehmender Wohnungsgröße. Am höchsten waren somit die Mieten in kleineren Wohnungen mit weniger als 40m² Wohnfläche (7,89 Euro je m²). Im Vergleich dazu zahlte ein Empfänger von Mietzuschuss für eine Wohnung mit mindestens 120m² durchschnittlich 4,39 Euro je m².

Wohngeld wird nicht für unangemessen hohe Wohnkosten gewährt. Bei der Berechnung des allgemeinen Wohngeldes werden die Wohnkosten nur bis zu bestimmten Obergrenzen berücksichtigt, die von mehreren Faktoren abhängig sind. Neben der Haushaltsgröße sowie der Bezugsfertigkeit und Ausstattung der Wohnung ist hierfür die Mietenstufe der Gemeinde maßgebend, das heißt die Höchstbeträge, bis zu denen Mieten oder Belastungen durch Wohngeld bezuschusst werden können, sind nach dem regionalen Mietenniveau gestaffelt. Es gibt insgesamt sechs Mietenstufen.⁸⁾ Die zuschussfähigen Höchstbeträge für Miete und Belastung sollen die Anmietung von angemessenem und familiengerechtem Wohnraum ermöglichen. Andererseits verhindern sie aber auch, dass darüber hinausgehende Kosten für

besonders teure oder große Wohnungen zu entsprechend hohen Wohngeldleistungen führen. Mieterhöhungen bewirken für sich genommen nur dann Wohngeldmehrleistungen, solange die zuschussfähigen Höchstbeträge nicht überschritten sind. Sobald die Wohnkosten über den Höchstbeträgen liegen, müssen die Mietsteigerungen vollständig vom Wohngeldempfängerhaushalt getragen werden.

Ende 2003 hatten 49,5% der Empfänger von allgemeinem Wohngeld in Deutschland eine Miete bzw. Belastung, die über den zuschussfähigen Höchstbeträgen lag. Im Vorjahr lag die Überschreitungsquote bei 47,6%. Besonders hohe Überschreitungsquoten ergaben sich für die Gruppe der Empfänger von allgemeinem Wohngeld, die in Wohnungen über 80 m² wohnen. Dabei ist festzustellen, dass die Überschreitungsquote der Mietzuschussempfänger im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist, die Überschreitungsquote der Lastenzuschussempfänger dagegen durchschnittlich niedriger liegt als im Vorjahr.

In den alten Bundesländern stieg die Überschreitungsquote der Empfänger von allgemeinem Wohngeld im Vorjahresvergleich von 51,1 auf 53,5%. In den neuen Bundesländern war die Überschreitungsquote mit 40,0% zum Jahresende 2003 nach wie vor vergleichsweise niedrig (Vorjahr: 40,1%).

Tabelle 3: Durchschnittliche monatliche Miete/Belastung und Überschreitungsquoten der Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 2003 nach Mietenstufe der Gemeinde, Größe und Ausstattung der Wohnung

Gegenstand der Nachweisung	Empfängerhaushalt von Wohngeld insgesamt	Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld						Empfängerhaushalte von besonderem Mietzuschuss		
		zusammen			Mietzuschuss		Lastenzuschuss		durchschnittliche monatliche Miete	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Miete
		durchschnittliche monatliche Miete/Belastung	durchschnittliche monatliche Miete/Belastung	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Miete/Belastung	durchschnittliche monatliche Miete	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Miete	durchschnittliche monatliche Belastung	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Belastung		
EUR je m ²	EUR je m ²	%	EUR je m ²	%	EUR je m ²	%	EUR je m ²	%		
Insgesamt	5,64	5,57	49,5	5,66	48,9	4,23	57,6	5,79	52,1	
nach der Mietenstufe der Gemeinde ¹⁾										
I (unter - 15)	4,49	4,49	49,0	4,66	46,3	3,76	60,5	4,50	50,8	
II (- 15 bis unter - 5)	4,98	4,99	46,1	5,11	44,8	3,98	57,2	4,97	47,1	
III (- 5 bis unter 5)	5,50	5,53	49,2	5,57	48,8	4,61	56,9	5,46	50,6	
IV (5 bis unter 15)	5,98	5,96	52,3	5,99	52,2	5,13	55,4	5,99	54,7	
V (15 bis unter 25)	6,72	6,71	52,6	6,74	52,6	5,60	53,9	6,72	54,3	
VI (25 und mehr)	7,52	7,29	50,4	7,32	50,4	5,82	52,1	7,76	54,8	
nach der Wohnfläche										
von ... bis unter ... m ²										
unter 40	7,72	7,89	12,7	7,89	12,7	6,23	24,8	7,36	24,3	
40 - 60	5,75	5,64	54,8	5,65	55,0	5,00	34,5	5,94	52,4	
60 - 80	5,51	5,41	58,2	5,44	58,7	4,60	41,6	5,65	59,0	
80 - 100	5,32	5,24	61,5	5,34	62,9	4,42	49,0	5,48	65,9	
100 - 120	4,72	4,61	67,0	4,98	70,4	4,51	59,6	5,07	70,7	
120 und mehr	4,32	4,30	71,6	4,39	76,4	3,98	68,4	4,48	75,4	
nach der Ausstattung der Wohnung										
Kategorie A ²⁾	5,65	5,50	49,6	5,71	49,0	4,34	57,7	5,83	51,9	
Kategorie B ³⁾	5,01	4,68	46,5	4,73	46,8	2,66	43,4	5,26	54,6	

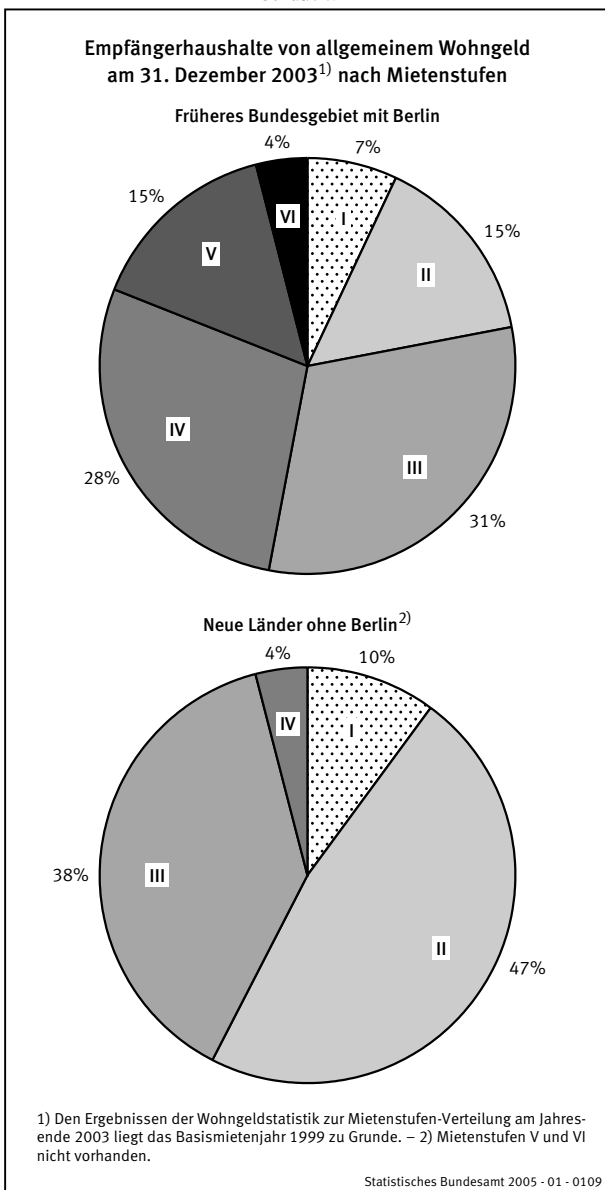
1) Die Angaben zu den Mietenstufen I - VI in den Klammern beziehen sich jeweils auf die Abweichung des örtlichen Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt in %. - 2) Mit Sammelheizung und mit Bad (Duschraum). - 3) Mit sonstiger Ausstattung.

8) Bis zum Jahr 2001 galt in den neuen Bundesländern einheitlich die fiktive Mietenstufe VII. Ab dem Jahr 2002 gilt für die neuen Länder nunmehr auch die Höchstbetragstabelle für die zuschussfähige Miete oder Belastung, die bisher nur für die alten Länder anzuwenden war. Aufgrund ausdifferenzierter Mieten war es möglich, auch in den neuen Ländern die Zuordnung zu Mietenstufen für Gemeinden und Kreise vorzunehmen.

Mietenstufenverteilung

Eine Analyse der Verteilung der Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld auf die sechs Mietenstufen ergibt eine deutliche Ost-West-Diskrepanz (siehe Schaubild 2): In den neuen Ländern ohne Berlin wohnt die Mehrzahl der Empfängerhaushalte (57%) in Gemeinden mit den günstigen Mietenstufen I und II. Die übrigen 43% der Bezieherhaushalte leben in den mittleren Preisregionen der Mietenstufen III und IV. Hochpreisregionen mit den Mietenstufen V und VI sind in den neuen Ländern nicht vorhanden, das heißt es gibt dort keine Gemeinden, die den beiden teuren Mietenstufen zugeordnet werden.

Schaubild 2



Für das frühere Bundesgebiet mit Berlin ergibt sich ein anderes Bild: Dort leben nur rund 22% der Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld in Gemeinden mit den günstigen Mietenstufen I und II. Die Mehrzahl der Empfän-

Erläuterungen zu den Mietenstufen sowie zum regionalen Mietenniveau

Im Wohngeldgesetz sind sechs Mietenstufen festgelegt. Die Zugehörigkeit einer Gemeinde zu einer Mietenstufe richtet sich nach dem örtlichen Mietenniveau. Dieses errechnet sich aus der durchschnittlichen prozentualen Abweichung der örtlichen Mieten in den Gemeinden vom Durchschnitt der Mieten vergleichbaren Wohnraums im gesamten Bundesgebiet.

Die Mietenniveaus werden nach Maßgabe des § 36 Abs. 1 Nr. 2 WoGG festgestellt

- für einzelne Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern (§ 8 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 WoGG),
- für nach Kreisen zusammengefasste Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern und kreisfreie Gebiete (§ 8 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 WoGG).

Der Festlegung der seit Anfang 2002 (und auch noch 2003) geltenden Mietenstufen der Gemeinden liegen die Daten der amtlichen Wohngeldstatistik zum Jahresende 1999 zu Grunde.

Im Einzelnen sind den sechs Mietenstufen folgende Mietenniveaus zugeordnet:

Mietenstufe	Mietenniveau in %
I	unter – 15
II	– 15 bis unter – 5
III	– 5 bis unter 5
IV	5 bis unter 15
V	15 bis unter 25
VI	25 und mehr

gerhaushalte (59%) wohnt in Regionen, die den mittleren Mietenstufen III und IV zugeordnet sind. Immerhin 19% der Empfängerhaushalte wohnen in den Hochpreisregionen der Mietenstufen V und VI.

Einkommensverhältnisse und Wohngeldanspruch

Die Höhe des Wohngeldes bemisst sich im Einzelfall nach der Haushaltsgröße und dem Verhältnis der Wohnkosten zum Gesamteinkommen. Das Gesamteinkommen berechnet sich aus der Summe der Jahreseinkommen der Familie abzüglich bestimmter Frei- und Abzugsbeträge.

Da im Rahmen der Wohngeldstatistik keine Angaben zum verfügbaren Einkommen erhoben werden, kann die Einkommenssituation der Wohngeldempfänger lediglich anhand des Gesamteinkommens dargestellt werden, das der Wohngeldberechnung zu Grunde liegt. Das Gesamteinkommen ist in der Regel etwas niedriger als das verfügbare Einkommen. Das statistisch erfasste durchschnittliche monatliche Gesamteinkommen der Wohngeldempfänger lag zum Berichtszeitpunkt bei 691 Euro (siehe Tabelle 5). In den alten Bundesländern betrug es 723 Euro und in den neuen Bundesländern 617 Euro.

Die Einkommenshöhe ist stark von der Größe des Haushaltes und von der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes abhängig. So wurden in der Regel die höchsten monatlichen

Gesamteinkommen von größeren Haushalten mit einem erwerbstätigen Haushaltsvorstand erreicht.

Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch je Empfängerhaushalt von allgemeinem Wohngeld belief sich zum Jahresende 2003 auf 108 Euro (siehe Tabelle 4). An die Lastenzuschussempfänger, die in der Regel höhere Wohnkosten zu tragen hatten, wurden im Durchschnitt deutlich höhere Beträge (121 Euro) gezahlt als an die Empfänger von Mietzuschuss (107 Euro). In den alten Bundesländern stieg der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch von 112 Euro Ende 2002 auf 114 Euro zum Jahresende 2003 (+ 1,8%). In den neuen Bundesländern lag der durchschnittliche Wohngeldanspruch im Dezember 2003 bei 94 Euro (Vorjahr: 92 Euro) und erhöhte sich somit im Vorjahresvergleich um 2,2%. Grundsätzlich ist der Wohngeldanspruch umso höher, je größer der Haushalt ist und je geringer das der Berechnung zu Grunde liegende Gesamteinkommen ist.

Tabelle 4: Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 2003 nach Haushaltsgröße und Höhe des monatlichen Wohngeldes

Art des Zuschusses Haushaltsgröße	Insgesamt		Davon mit einem monatlichen Wohngeld von ... bis unter ... EUR			Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch EUR
			unter 50	50 – 150	150 und mehr	
	1 000	%	% von Spalte 1			
Insgesamt	3 389	100	14,8	51,2	34,1	129
allgemeines Wohngeld	2 226	65,7	21,5	55,9	22,6	108
Mietzuschuss	2 079	61,3	21,4	56,5	22,1	107
Lastenzuschuss	147	4,3	23,5	47,8	28,7	121
besonderer Mietzuschuss	1 163	34,3	1,8	42,1	56,1	169
nach der Haushaltsgröße						
Haushalte von allein Stehenden .. mit 2 Familienmitgliedern	1 644	48,5	20,6	68,9	10,6	94
mit 3 Familienmitgliedern	711	21,0	12,2	42,2	45,6	132
mit 4 Familienmitgliedern	447	13,2	8,7	33,4	58,0	157
mit 5 Familienmitgliedern	333	9,8	7,5	29,7	62,8	180
mit 6 Familienmitgliedern	155	4,6	5,6	25,0	69,3	203
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	100	3,0	3,1	15,5	81,4	275

Das Wohngeld stellt immer nur einen Zuschuss zur Miete oder Belastung dar. Ein Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall vom Antragsteller getragen werden. Im Mittel deckt das Wohngeld etwa ein Drittel der berücksichtigungsfähigen Wohnkosten. Durch den Bezug von Wohngeld sanken die durchschnittlichen Wohnkosten von 338 Euro auf 230 Euro. Unter Berücksichtigung des Wohngeldes betragen demnach bei den Empfängern von allgemeinem Wohngeld die selbst zu tragenden Wohnkosten durchschnittlich ein Drittel (33,3%) des Gesamteinkommens (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Durchschnittliches monatliches Gesamteinkommen und Wohnkostenbelastung der Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld am 31. Dezember 2003 nach der Haushaltsgröße

Nachgewiesene Haushalte	Durchschnittliche(s) monatliche(s)				
	Gesamteinkommen	Wohnkostenbelastung			
		vor	nach	vor	nach
	Gewährung des Wohngeldes				
EUR		% von Spalte 1			
Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld insgesamt	691	338	230	48,9	33,3
mit ... Familienmitgliedern					
1	502	262	183	52,2	36,5
2	666	335	231	50,3	34,7
3	817	402	275	49,2	33,7
4	1 074	471	317	43,9	29,5
5	1 198	525	343	43,8	28,6
6 und mehr	1 319	602	354	45,6	26,8

2.2 Haushalte mit Bezug von besonderem Mietzuschuss

Zum Jahresende 2003 erhielten knapp 1,2 Mill. Haushalte besonderen Mietzuschuss (siehe Tabelle 1). Der Anteil dieser Haushalte an allen Wohngeldempfeängerhaushalten ist in den neuen Bundesländern mit 16,8% weitaus niedriger als in den alten Bundesländern, wo der Anteil des besonderen Mietzuschusses zum Jahresende 2003 bei 39,8% lag.⁹⁾ Bei 56,7% der Empfänger von besonderem Mietzuschuss handelte es sich um Mehrpersonenhaushalte. Gegenüber dem allgemeinen Wohngeld (48,8%) wurde der besondere Mietzuschuss somit vergleichsweise öfter von größeren Haushalten in Anspruch genommen.

Die durchschnittliche monatliche Miete der Bezieher von besonderem Mietzuschuss lag mit 5,79 Euro je m² über den entsprechenden Werten, die sich sowohl für die Mietzuschussempfänger (5,66 Euro je m²) als auch für die Lastenzuschussempfänger (4,23 Euro je m²) beim allgemeinen Wohngeld ergaben (siehe Tabelle 3). Dies liegt zum Teil daran, dass überproportional viele Bezieher von besonderem Mietzuschuss in den Hochpreisregionen der oberen Mietenstufen (dies sind insbesondere die Großstädte) leben. So wohnten die Empfänger von besonderem Mietzuschuss relativ häufiger (21,7%) in Gemeinden mit den beiden oberen Mietenstufen V und VI, als dies bei den Beziehern von Mietzuschuss der Fall war (13,9%).

Infolge der Wohngeldnovelle gelten seit 2001 auch beim besonderen Mietzuschuss die gleichen verbindlichen Obergrenzen für die anerkannte Miete wie beim allgemeinen Wohngeld. So wurden im Dezember 2003 bei 52,1% der Empfängerhaushalte von besonderem Mietzuschuss die Miethöchstbeträge überschritten; nach altem Recht wären nur bei 23,5% die tatsächlichen Unterkunftskosten wegen

⁹⁾ Ausschlaggebend hierfür ist unter anderem die generell noch etwas niedrigere Quote der Sozialhilfebezieher/-innen in den neuen Bundesländern. So bezogen zum Jahresende 2003 im früheren Bundesgebiet mit Berlin 3,5% der Bevölkerung laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (= sog. „Sozialhilfe im engeren Sinne“), während diese Quote in den neuen Ländern ohne Berlin nur 3,1% betrug.

Tabelle 6: Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 2003 und Wohngeldausgaben im Berichtsjahr 2003 nach Ländern

Land	Wohngeldempfeängerhaushalte		Im Jahr 2003 gezahlte Wohngeldbeträge ¹⁾		Durchschnittliche(s) monatliche(s)			
	insgesamt	Anteil an den Privathaushalten	insgesamt	je Einwohner	Miete/Be-lastung je m ² Wohnfläche	Wohngeld insgesamt	davon	
							allgemeines Wohngeld	besonderer Mietzuschuss
Anzahl	%	Mill. EUR			EUR			
Baden-Württemberg	264 028	5,6	362,7	34	5,74	133	112	166
Bayern	289 360	5,1	367,2	30	5,76	127	104	162
Berlin	257 344	13,7	368,8	109	5,79	135	105	170
Brandenburg	140 376	11,7	165,4	64	5,07	103	96	139
Bremen	51 722	14,7	74,1	112	6,06	139	109	174
Hamburg	99 255	10,7	176,8	102	6,88	151	121	190
Hessen	159 061	5,6	349,1	57	6,07	145	117	185
Mecklenburg-Vorpommern	131 175	16,0	147,5	85	5,32	100	93	138
Niedersachsen	352 739	9,5	518,5	65	5,51	139	117	172
Nordrhein-Westfalen	807 040	9,6	1 243,5	69	5,85	141	120	176
Rheinland-Pfalz	108 804	5,8	162,6	40	5,23	128	114	165
Saarland	37 865	7,4	63,0	59	5,30	131	111	164
Sachsen	275 823	12,9	330,1	76	5,05	101	93	139
Sachsen-Anhalt	143 966	11,9	176,6	70	4,96	99	89	138
Schleswig-Holstein	159 690	11,8	217,2	77	6,05	139	113	173
Thüringen	111 160	10,0	136,1	57	4,89	103	99	133
Deutschland ...	3 389 408	8,7	4 859,4	59	5,64	129	108	169
Früheres Bundesgebiet (mit Berlin)	2 586 908	8,0	3 903,6	57	5,80	138	114	173
Neue Länder (ohne Berlin)	802 500	12,4	955,8	71	5,05	101	94	138

1) Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen.

unangemessener Höhe nicht in voller Höhe anerkannt worden. Besonders hohe Überschreitungsquoten ergaben sich – wie bei den Empfängern von allgemeinem Wohngeld – für die Haushalte in größeren Wohnungen über 80 m² Wohnfläche.

Für die Bezieher von besonderem Mietzuschuss betrogen die monatlichen Wohngeldleistungen im Durchschnitt 169 Euro (siehe Tabelle 6). In den alten Bundesländern erhöhten sie sich im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich 5 Euro auf 173 Euro (+ 3,0%). In den neuen Bundesländern erhöhte sich der durchschnittliche besondere Mietzuschuss um 2 Euro (+ 1,5%) auf 138 Euro.

2.3 Regionale Aspekte

Bei der Wohngeldförderung ist deutlich ein Ost-West- sowie ein Nord-Süd-Gefälle zu erkennen. Während – gemessen an der Gesamtzahl der privaten Haushalte – im früheren Bundesgebiet mit Berlin 8,0% der privaten Haushalte zum Jahresende 2003 Wohngeld bezogen, sind dies in den neuen Bundesländern 12,4%. In den alten Bundesländern gab es vor allem in den Nordländern und in den drei Stadtstaaten überdurchschnittlich viele Wohngeldempfänger (siehe Tabelle 6). Die Spitzenposition nimmt Bremen mit einer Bezugsquote von 14,7% ein, es folgen Berlin (13,7%), Schleswig-Holstein (11,8%), Hamburg (10,7%) sowie Nordrhein-Westfalen (9,6%). Die geringsten Bezugsquoten wurden Ende 2003 in Bayern (5,1%) sowie Baden-Württemberg und Hessen (je 5,6%) ermittelt. In den neuen Bundesländern weist Mecklenburg-Vorpommern den höchsten Anteil an Wohngeldempfängern (16,0%) auf; in Thüringen (10,0%) wurden die niedrigsten Bezugsquoten festgestellt.

In den Ländern mit den höchsten Empfängerbezugsquoten wurden im Jahr 2003 auch im Allgemeinen die höchsten Wohngeldausgaben je Einwohner festgestellt. Die Wohngeldausgaben je Einwohner beliefen sich in Bremen auf 112 Euro und waren damit fast viermal so hoch wie in Bayern (30 Euro je Einwohner). Die mit Abstand teuersten Quadratmetermieten mussten die Wohngeldempfänger in Hamburg bezahlen (6,88 Euro je m²); sie hatten jedoch mit 151 Euro je Haushalt auch den höchsten monatlichen Wohngeldanspruch. Die niedrigsten Quadratmetermieten wurden in Thüringen (4,89 Euro je m²) sowie Sachsen-Anhalt (4,96 Euro je m²) festgestellt; den niedrigsten monatlichen Wohngeldanspruch hatten die Wohngeldempfängerhaushalte in Sachsen-Anhalt (99 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (100 Euro). [u](#)

Dipl.-Volkswirtin Kristina Kott, Dipl.-Geograph Thomas Krebs

Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für das erste Halbjahr 2003

Im Rahmen der alle fünf Jahre stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) geben rund 60 000 Haushalte aller sozialen Gruppierungen Auskunft über ihre Ausstattung mit Gebrauchsgütern, ihre Vermögens- und Wohnsituation sowie ihre Einnahmen und Ausgaben. Nachdem bereits Ergebnisse aus dem Einführungsinterview und der Anlage zum Einführungsinterview der EVS in Beiträgen in dieser Zeitschrift veröffentlicht wurden¹⁾, werden nachfolgend Ergebnisse aus dem Haushaltsbuch der EVS dargestellt. In das Haushaltsbuch tragen die an der Erhebung teilnehmenden Haushalte drei Monate lang detailliert ihre Einnahmen und Ausgaben ein. Damit sind die Haushaltsbuchaufzeichnungen die umfangreichsten ihrer Art zu den Einkommen, Einnahmen und Ausgaben, die von der amtlichen Statistik in Deutschland erhoben werden. Die aus den Anschreibungen gewonnenen Daten vermitteln wichtige Erkenntnisse über Höhe, Struktur und Verwendung der Einkommen sowie über das Konsumverhalten der Bevölkerung. Aus den Anschreibungen der ersten zwei Quartale 2003 liegen bereits Ergebnisse vor. Diese Halbjahresergebnisse sind in Pressemitteilungen und auf einer Pressekonferenz im Dezember 2004 veröffentlicht worden.²⁾ Die Ergebnisse sind u. a. wesentliche Grundlage für die aktuelle Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung sowie für Verbrauchs- und Konsumanalysen. Im vorliegenden Aufsatz werden Einkommen und Konsumverhalten der privaten Haushalte in Deutschland insgesamt sowie nach unterschiedlichen soziodemographischen Merkmalen dargestellt.

Vorbemerkung

Die Veröffentlichung von Halbjahresergebnissen bietet die Möglichkeit, erste Ergebnisse zu den Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte aus der jeweiligen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in hoher Aktualität herausgeben zu können. Einschränkend ist jedoch zu berücksichtigen, dass im Vergleich zu Jahresergebnissen die Ergebniswerte des ersten Halbjahres saisonale Abweichungen aufweisen können. Unter anderem ist zu beachten, dass bedingt durch höhere Konsumausgaben in der Vorweihnachtszeit sowie einmalige Sondergratifikationen in der zweiten Jahreshälfte (z. B. Urlaubs- und Weihnachtsgeld) sowohl die Durchschnittswerte der Privaten Konsumausgaben als auch die einzelnen Einkommensaggregate bei der Jahresrechnung von den entsprechenden Halbjahresangaben abweichen können. Aufgrund dieser Abweichungen finden Zeitvergleiche ausschließlich mit den Halbjahreswerten der EVS 1998 statt. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass Ergebnisse auf der Grundlage von 26 207 befragten Haushalten (1. Halbjahr 2003) nur eingeschränkt tiefer gegliederte Analysen für einzelne soziodemographische und sozioökonomische Merkmale zulassen.

Im Gegensatz zur freiwilligen Beteiligung von 30 477 privaten Haushalten im ersten Halbjahr 1998 ist im ersten Halbjahr 2003 ein Teilnehmerückgang von 14% zu verzeichnen.

1) Siehe Deckl, S./Krebs, T.: „Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte“ in WiSta 2/2004, S. 209 ff.; Kott, K./Krebs, T.: „Haus- und Grundbesitz und Immobilienvermögen privater Haushalte“ in WiSta 7/2004, S. 770 ff.

2) „Staatliche Leistungen machen ein Viertel des Bruttoeinkommens aus“, Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 15. September 2004; „Haushaltseinkommen im Osten erreicht 77% des Westniveaus“, Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 2. Dezember 2004; „Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003“, Presseexemplar zur Pressekonferenz am 2. Dezember 2004; die genannten Dokumente stehen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de>, Pfad: Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudget zur Verfügung.

Dipl.-Kauffrau Gudrun Eckert

Preise im Januar 2005

Im Januar 2005 zeigten die Preise auf allen Wirtschaftsstufen einen Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat. Der Index der industriellen Erzeugerpreise lag um 3,9% über dem Vorjahreswert (Dezember 2004: + 2,9%), der Index der Großhandelsverkaufspreise um 3,4% (Dezember 2004: + 3,8%). Der Index der Einzelhandelspreise erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,1% (Dezember 2004: + 0,3%), und der Verbraucherpreisindex stieg um 1,6% (Dezember 2004: + 2,1%).

Im Vormonatsvergleich zeigt sich ein uneinheitliches Bild: Das Preisniveau der industriellen Erzeugerpreise lag um 0,8% (Dezember 2004: + 0,1%) über dem Niveau des Vormonats, der Index der Großhandelsverkaufspreise erhöhte sich um 0,1% (Dezember 2004: – 0,3%). Die Einzelhandelspreise gingen in diesem Zeitraum um 0,1% zurück (Dezember 2004: + 0,3%), und die Verbraucherpreise sanken um 0,4% (Dezember 2004: + 1,0%).

Wie bereits in den vergangenen Monaten wirkten die Mineralölprodukte preistreibend. Im Erzeugerbereich verteuerten sich Mineralölprodukte um 9,2%, ohne Mineralölserzeugnisse verzeichnete der Erzeugerpreisindex einen Anstieg um 3,7% gegenüber dem Vorjahr. Die Preise für Mineralölprodukte wirkten sich auch auf den Verbraucherpreisindex preiserhöhend aus. Heizöl und Kraftstoffe verteuerten sich für den Verbraucher im Vergleich zum Vorjahr um 5,9%, ohne Einrechnung dieser Produkte erhöhte sich der Verbraucherpreisindex um 1,4%.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag im Januar 2005 um 3,9% höher als im Januar 2004. Dies war die höchste Jahresteuerrate der Erzeugerpreise seit Juni 2001 (+ 4,3%). Im November 2004 hatte die Jahresver-

	Veränderungen Januar 2005 gegenüber	
	Dezember 2004	Januar 2004
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 0,8	+ 3,9
ohne Mineralölserzeugnisse	+ 0,8	+ 3,7
Mineralölserzeugnisse	– 0,1	+ 9,2
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 0,1	+ 3,4
Index der Einzelhandelspreise	– 0,1	+ 0,1
Verbraucherpreisindex		
insgesamt	– 0,4	+ 1,6
ohne Heizöl und Kraftstoffe	– 0,4	+ 1,4
Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,6	+ 5,9
ohne Saisonwaren	– 0,4	+ 1,6
Saisonwaren	+ 1,5	+ 1,5

änderungsrate bei 2,8%, im Dezember 2004 bei + 2,9% gelegen. Im Vergleich zum Vormonat ist der Index im Januar 2005 um 0,8% gestiegen.

Für den spürbaren Anstieg der Erzeugerpreise zu Jahresbeginn sorgten vor allem die Verteuerung einiger Energieträger – insbesondere Erdgas – sowie die anhaltenden Preissteigerungen bei Stahl, die nun auch zunehmend die Preisentwicklung bei nachgelagerten Erzeugnissen beeinflussen.

Die Erzeugerpreise für Energie stiegen im Januar 2005 gegenüber Dezember 2004 um durchschnittlich 2,8% an und lagen um 7,3% über dem Stand des Vorjahres. Besonders starke Preiserhöhungen gab es bei Erdgas, das sich gegenüber dem Vormonat um 7,1% und gegenüber dem Vorjahr um 10,5% verteuerte. Diese Gaspreiserhöhungen

Dipl.-Volkswirt Hans-Martin von Gaudecker

Regionale Mortalitätsunterschiede in Baden-Württemberg

Das Statistische Bundesamt zeichnet jedes Jahr herausragende Diplom- und Magisterarbeiten sowie Dissertationen, die einen engen inhaltlichen Bezug zur Arbeit der amtlichen Statistik aufweisen, mit dem Gerhard-Fürst-Preis aus. Am 18. November 2004 hat das Statistische Bundesamt auf Vorschlag eines unabhängigen Gutachtergremiums zwei Arbeiten in der Abteilung Diplom-/Magisterarbeiten mit dem Gerhard-Fürst-Preis und zwei Dissertationen mit dem Förderpreis für wissenschaftliche Nachwuchskräfte prämiert. In der Ausgabe 12/2004 dieser Zeitschrift wurden die vom Vorsitzenden des Gutachtergremiums, Herrn Prof. Dr. Hans Wolfgang Brachinger (Universität Fribourg/Schweiz), anlässlich der Preisverleihung vorgetragenen Laudationes veröffentlicht. Wie dort angekündigt, stellen die Preisträger die wesentlichen Inhalte ihrer Arbeiten in dieser Schriftenreihe vor. Den Anfang macht in dieser Ausgabe Hans-Martin von Gaudecker, dessen an der Universität Mannheim entstandene Diplomarbeit „Regionale Mortalitätsunterschiede in Baden-Württemberg“ die Grundlage für diesen Beitrag bildet.

Was sind die Gründe für die zum Teil erstaunlich hohen Sterblichkeitsunterschiede in Baden-Württemberg auf Kreisebene? Mit dieser Frage beschäftigt sich die diesem Text zugrunde liegende Studie¹⁾. Es kann ausgeschlossen werden, dass die Differenzen allein auf Zufallsschwankungen oder Fehlern im Meldewesen beruhen. Eine Ursachenanalyse zeigt, dass Haupterklärungsgrund für die Sterblichkeitsunterschiede der sozioökonomische Status ist: In Kreisen mit hohem Einkommen leben die Menschen im Durch-

schnitt länger als in Kreisen mit geringem Einkommen. Der Einfluss des sozioökonomischen Status auf die Mortalität scheint durch höhere Bildung verstärkt oder sogar verursacht zu werden. Luftbelastung und Gesundheitsversorgung konnten nicht als diskriminierende Faktoren der Sterblichkeit in Baden-Württemberg festgestellt werden.

Lebenserwartung in Baden-Württemberg

Das Konzept der Lebenserwartung bezieht sich auf Geburtskohorten, das heißt sie bestimmt beispielsweise, wie lange sämtliche im Jahr 2002 geborenen Kinder erwartungsgemäß zu leben haben. Streng genommen lässt sie sich erst bestimmen, wenn sämtliche Mitglieder dieser Kohorte gestorben sind. In dieser Arbeit wird dieses Konzept auf eine Periode angewendet, das heißt zur Berechnung der Lebenserwartung werden sämtliche Kohorten herangezogen, die im Jahr 2002 positive Bestände aufwiesen. Damit sind die in dieser Arbeit aufgeführten Lebenserwartungen fiktiver Natur. Sie haben keinerlei Interpretation im eigentlichen Sinn des Wortes, sondern bilden lediglich einen leicht vorstellbaren Indikator für das Sterblichkeitsgeschehen in einer Bevölkerung. Aussagen der Form „Im Jahr 2001 konnten neugeborene Mädchen in Baden-Württemberg damit rechnen, 82,7 Jahre zu leben.“ sind also auf Grundlage der hier verwendeten Periodensterbetafeln nicht möglich, da Mitglieder von verschiedenen Kohorten mit völlig unterschiedlichen Biogra-

1) Diese Arbeit entstand in enger Zusammenarbeit zwischen dem Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel (MEA) und dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg. Eine ausführliche Version ist im August 2004 in der vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg herausgegebenen Reihe Statistische Analysen erschienen.

ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe	2	91
Bevölkerung		
Von der „traditionellen Familie“ zu „neuen Lebensformen“	1	25
Ehescheidungen 2003	2	97
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen	2	118
Produzierendes Gewerbe		
Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe	2	91
Unternehmensstrukturen im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1	41
Strukturentwicklung des Baugewerbes und Bedeutung kleinerer Unternehmen	2	109
Bautätigkeit und Wohnungen		
Wohngeld in Deutschland 2003	2	135
Geld und Kredit, Dienstleistungen		
Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen	2	118
Gesundheitswesen		
Behinderung und Einkommen	2	128
Sozialleistungen		
Behinderung und Einkommen	2	128
Wohngeld in Deutschland 2003	2	135

	Heft	Seite
Finanzen und Steuern		
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2004	1	48
Wirtschaftsrechnungen		
Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte	2	143
Preise		
Preisentwicklung im Jahr 2004	1	64
Preise im Januar 2005	2	158
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Bruttoinlandsprodukt 2004	1	13
Umwelt		
Pilotstudie zur abfallstatistischen Erfassung von organischen Reststoffen	1	58
Gastbeiträge		
Der Nutzen von Statistiken aus der Sicht eines Unternehmens	1	75
Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe	2	91
Regionale Mortalitätsunterschiede in Baden-Württemberg	2	164

Neuerscheinungen¹⁾ vom 22. Januar 2005 bis 18. Februar 2005

<p>● Zusammenfassende Veröffentlichungen</p>		EUR [D]	Fachserie 17: Preise	EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, Januar 2005	13,75		Reihe 4 Baupreisindizes, November 2004	7,30
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, Oktober 2004	18,70		Reihe 7 Verbraucherpreisindizes für Deutschland, Dezember 2004	10,79
Key data on Germany 2004	6,-			
Forum der Bundesstatistik, Band 43: Alltag in Deutschland – Analysen zur Zeitverwendung		14,-		
<p>● Fachserien</p>			<p>● Elektronische Veröffentlichungen</p>	
Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten			Außenhandel nach Waren und Ländern, November 2004 (CD-ROM)	25,-
Reihe 5 Gewerbeanzeigen, 4. Vierteljahr und Jahr 2003	9,-		<p>● Bund/Länder-Veröffentlichungen</p>	
Fachserie 7: Außenhandel			Kreiszahlen: Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland, Ausgabe 2004	13,-
Reihe 1 Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, (Endgültige Ergebnisse) 2003	14,-			
Fachserie 16: Löhne und Gehälter				
Reihe 2.2 Angestelltenverdienste im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe, Oktober 2004	17,-			
Reihe 4.1 Tariflöhne, Oktober 2004	16,-			
Reihe 4.2 Tarifgehälter, Oktober 2004	16,-			

Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Statistik-Shop online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

www.destatis.de/shop

Alle aktuellen **Fachserien**, deren Neuerscheinungen bislang an dieser Stelle aufgeführt waren, werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Statistik-Shop bereitgestellt.

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm> abgerufen werden.

¹⁾ Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 7071/93 53 50, Telefax + 49 (0) 7071/93 53 35, E-Mail: destatis@s-f-g.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.